

KATHOLIKEN DES BYZANTINISCHEN RITUS IN UNGARN

II. Teil: Von 1920 bis 1989*

Tamás Véghseő, Nyíregyháza

Die Auswirkungen des Friedensvertrages von Trianon, der den Ersten Weltkrieg formal beendete, erschütterten auch die Diözese von Hajdúdorog grundlegend. Die Anzahl der Pfarreien ging um die Hälfte zurück. 75 Kirchengemeinden gingen an Rumänien, 4 an die Tschechoslowakei. Neben den 82 Kirchengemeinden von Hajdúdorog verblieben 20 von Prešov (Preschau, Eperjes) und eine von Mukačevo (Munkács, Munkatsch) bei Ungarn. Zusätzlich zu den schweren territorialen Verlusten mußten die ungarischen griechisch-katholischen Christen auch die Folgen eines spektakulären Rückgangs ihres gesellschaftlichen Gewichts und ihrer gesellschaftlichen Beurteilung hinnehmen. Während vor dem Ersten Weltkrieg 9,8% der Bevölkerung Ungarns noch griechisch-katholisch war, ging dieser Anteil 1920 auf 2,2% zurück. Diese Tatsache sowie die wirtschaftlichen Probleme des Landes stellten ein ernstes Hindernis für die Einhaltung der Verpflichtungen dar, die die Regierung im Jahre 1912 eingegangen war, und infolgedessen auch für die Entwicklung der Diözese Hajdúdorog.¹

Die grundlegende Änderung der Situation in der Diözese Hajdúdorog bewog die Vertreter der Ostkirchenkongregation dazu, die Möglichkeit einer wesentlichen Änderung der Gründungsbulle (*Christifideles graeci*, 1912) anzuregen.² Der Gang der Ereignisse beginnt mit einem Brief des Sekretärs dieser Kongregation, Kardinal Nicoló Marini, vom 6. März 1922, der an den Apostolischen Nuntius in Budapest, Lorenzo Schioppa adressiert war. Gegenstand des Briefs ist ausdrücklich die Liturgiesprache der Diözese Hajdúdorog. Der Sekretär zitierte die einschlägige Bestimmung der Bulle „*Christifideles graeci*“, wonach die Liturgiesprache der neu gegründeten Diözese das Altgriechische sei, und der Gebrauch der Volks-

* Teil I dieses Beitrags (Untertitel: Von den Anfängen bis 1920) wurde veröffentlicht in: *Ostkirchliche Studien* 62 (2013) 281–309. Der Aufsatz entstand im Rahmen des Forschungsprojektes der Forschungsgruppe „Lendület/Momentum“ der Akademie der Wissenschaften Ungarns an der Griechisch-katholischen Theologischen Hochschule St. Athanasius und ist eine wissenschaftlich überarbeitete und mit neuen Forschungsergebnissen ergänzte Fassung von: Tamás Véghseő, *Útjaink – történeti visszatekintés*, in: *Ders. – Szilveszter Terdik*, „... minden utamat már előre láttad“. Görögkatolikusok Magyarországon, Strasbourg 2012, 6–112, hier 52–112; engl. Parallelversion: Tamás Véghseő, *Our paths – A historical retrospect*, in: *Ders. – Szilveszter Terdik*, „...you have foreseen all of my paths...“. *Byzantine Rite Catholics in Hungary*, Strasbourg, 2012, 6–112, hier 52–112.

¹ István Pirigyi, *A magyarországi görögkatolikusok története* [Die Geschichte der griechisch-katholischen Christen in Ungarn], Bd. 2, Nyíregyháza 1991, 123.

² Konvolut: ASV Arch. Nunz. Budapest, Busta 5. fasc. 7/9. Hajdúdorog. fol. 615–648.

sprache nur in dem Maße bestehen dürfe, wie dies in der lateinischen Kirche zulässig sei. Der Klerus müsse das Altgriechische innerhalb von drei Jahren erlernen – so ein weiteres Zitat des Sekretärs aus der Gründungsbulle. Er schloß das Zitat mit dem bereits aus der Gründungsbulle wohl-bekanntem Verbot: der Gebrauch des Ungarischen werde in der Heiligen Liturgie niemals gestattet.

Die Einführung des Altgriechischen als Liturgiesprache wurde von Kardinal Marini damit erklärt, daß in den Kirchengemeinden, die zwar ungarischsprachig, aber ruthenischer oder rumänischer Herkunft waren, und für die die Diözese Hajdúdorog aufgrund des beharrlichen Auftretens der ungarischen Regierung ins Leben gerufen wurde, der Gebrauch der ungarischen Sprache willkürlich und unter Nichtberücksichtigung der Verbote des Heiligen Stuhls eingeführt wurde. Deswegen sei es notwendig gewesen, dies in der Gründungsbulle zu verbieten und eine Sprache zu finden, die keine Gemeinde ruthenischer oder rumänischer Herkunft gegenüber den anderen bevorzugen würde. Deswegen habe der Heilige Stuhl die Einführung des Altgriechischen beschlossen, das zwar mit der byzantinischen Tradition verbunden ist, aber in dieser speziellen Lage doch als neutral bezeichnet werden könne. Der Sekretär wies auch darauf hin, daß die Ostkirchenkongregation sofort nach der Gründung der Diözese griechischsprachige liturgische Bücher dem Bischof von Hajdúdorog geschickt habe, um sich auf Grundlage dieser um die Herausgabe von liturgischen Büchern der neuerrichteten Diözese auf Kosten der ungarischen Regierung zu kümmern. Nach Ablauf der ersten drei Jahre wurde festgestellt, daß für die Einführung des Altgriechischen als Liturgiesprache im Grunde nichts unternommen worden war, weswegen der Heilige Stuhl eine weitere Übergangszeit von vier Jahren bewilligte.

Der Erste Weltkrieg richtete jedoch schwere Schäden in der Diözese von Hajdúdorog an. Das energische Vorgehen der rumänischen Bischöfe führte dazu, daß die Diözese die Pfarreien, die ihr bei der Gründung aus rumänischen Diözesen angeschlossen worden waren, sofort verlor. Der Sekretär stellte fest, daß innerhalb der neuen Staatsgrenzen nur solche Pfarreien in der Diözese Hajdúdorog blieben, die ursprünglich zu den Diözesen Mukačevo und Prešov (Preschau, Eperjes) gehörten, also ruthenischen Ursprungs waren.³

Nun kam Kardinal Marini zum Wesentlichen: da sich die geopolitische Situation zu verfestigen schien und es zur Einführung des Altgriechischen in der Diözese von Hajdúdorog kaum Möglichkeiten gab, beabsichtigten die Kardinäle der Ostkirchenkongregation dem Papst eine Änderung der Bulle *Christifideles graeci* vorzuschlagen. Ihrer Ansicht nach würde die

³ Ein Tatsachenirrtum, denn auch ehemalige Pfarreien des Bistums Oradea blieben bei Ungarn.

Änderung die ruthenische (genauer gesagt: die kirchenslavische) Sprache als liturgische Sprache der Diözese von Hajdúdorog vorschreiben, denn sie sei die ursprüngliche liturgische Sprache von allen bzw. nahezu allen Pfarreien. Sie seien sich wiederum auch darüber im klaren, daß dies die Mißbilligung der ungarischen Regierung hervorrufen würde; und zwar gerade zu einem Zeitpunkt, da der Staat dem Vernehmen nach die Fragen der Dotation der Diözese, unter anderem durch die Errichtung eines Priesterseminars regeln wollte. Der Kardinal schloß seinen Brief mit einer Weisung an den Nuntius: er solle die mögliche Reaktion der ungarischen Regierung eruieren und die Meinung des Primas sowie des Bischofs von Hajdúdorog, István Miklósy einholen, wobei in dieser Angelegenheit besondere Vorsicht geboten sei.

Die Antwort der ungarischen Regierung wurde von János Csiszárík, einem Kanoniker von Veszprém und Ministerialrat im Außenministerium formuliert, der aus einer griechisch-katholischen Familie stammte. Er begann seine Stellungnahme mit der Feststellung, daß – bis auf wenige Ausnahmen – nur diejenigen Pfarreien, deren Angehörige ungarischer Muttersprache waren, an die Diözese Hajdúdorog angeschlossen wurden. In Folge des verlorenen Krieges fiel zwar ein bedeutender Anteil der Pfarreien der Diözese vorübergehend unter die Jurisdiktion rumänischer Diözesen, der Ministerialrat hielt es aber für wichtig, daß sie – mit Unterstützung von Vikaren – wieder von Bischof Miklósy verwaltet werden sollten. Falls dies nicht möglich sei, sollten diese griechisch-katholischen Pfarreien unter die Jurisdiktion des Bischofs von Siebenbürgen fallen. Csiszárík wies darauf hin, daß der Heilige Stuhl weder auf die diesbezüglichen Ersuchen des Bischofs von Hajdúdorog, noch auf die der ihn unterstützenden ungarischen Regierung geantwortet habe und die Frage der Einführung des Kirchenslavischen gerade in dem Moment vorbringe, in dem die ungarische Nation unter den Auswirkungen der „slavischen Politik“ leide. Seiner Ansicht nach würde die öffentliche Meinung die Änderung der Liturgiesprache der Diözese von Hajdúdorog sicherlich als einen Erfolg der „slavischen Politik“ bewerten. Er hielt es für ungünstig, wenn der Heilige Stuhl in Ungarn als Befürworter der Slavisierung der griechisch-katholischen Ungarn angesehen werde. Tatsache sei, daß die Öffentlichkeit den Heiligen Stuhl bereits auf der Seite der Gegner von Ungarn sehe.

Er merkte auch an, daß die griechisch-katholischen Ungarn die Entscheidung des Heiligen Stuhles, ihre Muttersprache nicht benutzen zu dürfen, beherrscht angenommen und das Altgriechische als Liturgiesprache akzeptiert haben, obwohl sie die Erfahrung machten, daß der Heilige Stuhl den Gebrauch der Muttersprache in der Liturgie bei den Rumänen duldete. Das rief bei vielen das Gefühl hervor, daß der Heilige Stuhl die griechisch-katholischen Ungarn als Stiefkinder behandle, die Rumänen

aber als seine wahren und leiblichen Kinder. Der Bischof von Hajdúdorog habe sich stets bemüht, diese Gefühle zu mildern. Er habe auch die Pflicht zur Einführung des Altgriechischen ernst genommen und von seinen Priestern streng verlangt, die Teile des Eucharistischen Kanons der Heiligen Liturgie auf altgriechisch zu sprechen.

Der Ministerialrat betonte ferner, daß die Einführung des Kirchenslavischen auch auf praktische Schwierigkeiten stoßen würde, da nur mehr die ältesten Priester diese Sprache kennen würden. Wenn der Heilige Stuhl die griechisch-katholischen Christen in Ungarn – trotz praktischer Probleme und ihrer Abneigung gegenüber dem Kirchenslavischen – dennoch dazu verpflichten würde, die Heilige Liturgie in dieser Sprache zu zelebrieren, könnte dies leicht zu einer Spaltung führen. Denn die orthodoxe Kirche sei bereit, die nationalen Bedürfnisse der Ungarn auch im Bereich der Liturgie zu befriedigen. Csiszárík richtete die Aufmerksamkeit darauf, daß die Orthodoxen schon in der Zeit, als die Diözese Hajdúdorog in ihren ersten Lebensjahren stand, an der Errichtung eines Bistums mit ungarischer Liturgiesprache arbeiteten und die Umsetzung ihrer Pläne nur durch die Wirren der Räterepublik verhindert wurde. Laut Csiszárík würde die benachbarte Tschechoslowakei den Plan der Ostkirchenkongregation begrüßen und ihre „Fühler“ in Richtung der von der Slavisierung bedrohten ungarischen griechisch-katholischen Christen ausstrecken. Der Ministerialrat erwähnte unter den möglichen Gefahren auch den Protestantismus. Er sei überzeugt, daß die Einführung der kirchenslavischen Sprache die Gläubigen so sehr enttäuschen würde, daß viele von ihnen eher den Protestantismus annehmen würden. Er gehe sogar davon aus, daß viele römisch-katholische Gläubige als Zeichen des Protests eine ähnliche Entscheidung treffen würden. Am Ende seines Schreibens wies Csiszárík auch darauf hin, daß die ungarische Regierung gerade an der Regelung der Dotation der Diözese arbeite, und auch gute Aussichten auf Errichtung eines griechisch-katholischen Priesterseminars bestünden. All dies sei aber von der Idee der Einführung des Kirchenslavischen ernsthaft gefährdet, denn die ungarische Regierung würde nie eine Diözese unterstützen, die im Dienst der Slavisierung der Ungarn stünde.

Auch Fürstprimas János Csernoch teilte die entschiedene Gegenansicht von Ministerialrat Csiszárík. Er stellte fest, daß der Vorschlag der Kongregation unüberlegt und gefährlich sei. Er erinnerte daran, daß die Errichtung der Diözese Hajdúdorog gerade deswegen notwendig gewesen sei, weil sich die ungarischen griechisch-katholischen Gläubigen von der rumänischen und der kirchenslavischen Sprache befreien wollten. Ihr Wunsch, ähnlich wie die Rumänen die eigene Muttersprache in der Liturgie verwenden zu dürfen, fand kein Gehör beim Heiligen Stuhl. Aber die ungarische Regierung unterstützte ihr Anliegen, denn das Rumänische und das Kirchenslavische als Liturgiesprachen gefährdeten die nationale

Identität der griechisch-katholischen Christen in Ungarn. Während den Verhandlungen mit dem katholischen Episkopat tauchte der Gedanke auf, daß die Liturgiesprache für die neue griechisch-katholische Diözese das Altgriechische sein sollte, das keine ethnischen Probleme bereiten würde.

Der entschiedene Widerstand tat seine Wirkung, und die Frage der Einführung des Kirchenslavischen wurde im liturgischen Leben der Diözese Hajdúdorog nie mehr in Erwägung gezogen.

Während der Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg berücksichtigten die Entscheidungsträger bei der Festlegung der neuen Staatsgrenzen vor allem wirtschaftliche und ethnische Aspekte. Da die Verwaltungsaspekte einer Diözese nicht vorrangig waren, trennten die neuen Grenzen oft Kirchengemeinden von ihren Bistumssitzen. Die dadurch entstandenen Probleme versuchte der Apostolische Heilige Stuhl durch die Einrichtung provisorischer Kirchenverwaltungseinheiten zu bewältigen.

Nach dem Friedensvertrag von Trianon verblieben 20 Pfarreien aus der Diözese von Prešov und eine von Mukačevo in Ungarn. Über ihr Schicksal entschied der Apostolische Heilige Stuhl im Sommer 1924 aufgrund der genannten Aspekte und mit Rücksicht auf die Person der betroffenen Bischöfe.⁴ Die stark antikatholische Regierung der Tschechoslowakei strebte nicht nur danach, die in der „ungarischen Ära“ ernannten Bischöfe (sowohl des lateinischen, als auch des griechischen Ritus) zu entfernen, sondern durch die Unterstützung der schismatischen Bewegung auch die griechisch-katholische Kirche zu schwächen. Der Bischof von Prešov, István Novák, hatte noch vor der Festlegung der neuen Staatsgrenzen seinen Bischofssitz verlassen und überließ seinem Vikar die Verwaltung der Diözese. Der Papst enthob 1920 den mittlerweile in Budapest ansässig gewordenen Bischof seines Amtes. Dieser lehnte die vom Heiligen Stuhl angebotene Hilfe ab und entschied sich – trotz seines jungen Alters – für den Rücktritt.⁵ Der Bischof von Mukačevo, Antal Papp, blieb hingegen in Užhorod (Ungwar, Ungvár). Seine Person wurde (wie bei seinen meisten Bi-

⁴ Siehe als eine kurze Geschichte des Apostolischen Exarchats Miskolc: *István Szántay-Szémán, A Miskolci Apostoli Kormányzóság első tizenöt éve (1925–1940)* [Die ersten fünfzehn Jahre der Apostolischen Administratur Miskolc (1925–1940)], in: *A Miskolci Görög Szerartású Katolikus Apostoli Kormányzóság története, területi és személyi adatai fennállásának 15. éves évfordulóján* [Die Geschichte, territoriale und persönliche Daten der Katholischen Apostolischen Administratur des griechischen Ritus Miskolc, zum fünfzehnjährigen Jubiläum ihres Bestehens], Miskolc 1940, 3–21; *Ders., Tizenöt éves a Miskolci Görökgatolikus Apostoli Kormányzóság* [15 Jahre griechisch-katholische Apostolische Administratur Miskolc], in: *Keleti Egyház* [Östliche Kirche] 1940, Nr. 11, 235–238.

⁵ Fall Bischof István Novák: ASV Arch. Nunz. Budapest, Busta 5. fasc. 7/7 Eperjes. fol. 591–605, sowie ASV Arch. Nunz. Budapest, Busta 11. fasc. 11/6 (8) Eperjes. fol. 440–466.

schofskollegen) von der tschechoslowakischen Regierung aus politischen Gründen nicht akzeptiert. Dies gefährdete den Erfolg seiner Seelsorge- und Verwaltungstätigkeit. Darüber hinaus beunruhigten auch die Erfolge der schismatischen Bewegung den Heiligen Stuhl. Dieser war der Ansicht, daß Bischof Antal Papp, der während seines Besuches in Rom Anfang 1924 persönlich über die Umstände in seiner Diözese Bericht erstattete, nicht mehr Herr der Lage sei.⁶

Die Tschechoslowakei und der Heilige Stuhl nahmen 1923 diplomatische Beziehungen auf, was dazu führte, daß in Prag ein päpstlicher Botschafter seinen Dienst antrat. Deshalb brachte Nuntius Francesco Marmaggi die Anordnung von Papst Pius XI. über die Diözese von Mukačevo und deren Bischof den Betroffenen zur Kenntnis. Der Nuntius erließ auf Anweisung des Staatssekretariats am 4. Juni 1924 ein Dekret, in dem Papst Pius XI. Antal Papp zum Titularerzbischof von Cizico ernannte und für die in Ungarn verbliebenen Pfarreien der Diözesen von Prešov und Mukačevo eine Apostolische Administratur errichtete. An deren Spitze wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1924 Erzbischof Papp als Administrator berufen und die Diözese Mukačevo mit Wirkung vom selben Datum für vakant erklärt.

Das Dekret löste in Budapester Regierungskreisen Entsetzen aus, denn die Maßnahmen des Dekrets bezüglich den Pfarreien in Ungarn wurden – im Unterschied zur bisherigen Praxis – ohne Konsultation mit der ungarischen Regierung verabschiedet. Nach Einschätzung Budapests, worüber die Presse auch umfangreich berichtete, ergriff damit der Heilige Stuhl Partei für die mit Ungarn verfeindete Tschechoslowakei. Die ungarischen Behörden versuchten die Umsetzung des Dekrets dadurch zu verhindern, daß sie Erzbischof Antal Papp trotz wiederholter Forderungen keinen Reisepaß ausstellten. Sie ermutigten ihn – aus politischen Motiven – auch seine Abschiebung durch die tschechoslowakischen Behörden abzuwarten.

Die Errichtung der Apostolischen Administratur überraschte auch den Klerus der betroffenen Pfarreien. Denn sie favorisierten unter der Führung von Dekan Endre Mocsár, den Pfarrer von Homrogd, einen Anschluß an die Diözese von Hajdúdorog oder die Errichtung eines Vikariats innerhalb der Diözese. Dieses Vorhaben machte sich auch Antal Vaskovics, der Pfarrer von Múcsony zu eigen, der als Generalvikar zwanzig Pfarreien von Prešov verwaltete. István Szémán (ab 1934 Szántay-Szémán), ein nach Ungarn übersiedelter ehemaliger Hauptschulinspektor der Diözese von Prešov, argumentierte dagegen in seinen dem Fürstprimas János Csernoch eingereichten Memoiren für die Selbständigkeit, die

⁶ Akten des Falles Antal Papp: ASV Arch. Nunz. Budapest, Busta 11. fasc. 11/6 (9) Munkács. fol. 467–497.

der Erhaltung des provisorischen Charakters der entstandenen Situation – im Einklang mit dem Standpunkt des Heiligen Stuhls – besser dienlich sei.⁷

Die Organisierung der errichteten Apostolischen Administratur verzögerte sich, solange die Unsicherheit um die Person des ernannten Administrators ungelöst blieb. Die ungarische Regierung wollte das Handeln des Heiligen Stuhles und des tschechoslowakischen Staates nicht durch Erteilung einer Einreiseerlaubnis rechtfertigen, und hielt unter allen Umständen das Abwarten einer Ausweisung für zweckmäßig. Dies hätte nämlich der Weltöffentlichkeit eine repressive Politik der Tschechoslowakei vor Augen führen können. Auch wäre auf internationaler Ebene die Last der Erhaltung des Bischofs dem ausweisenden Staat zugeschoben worden. Inzwischen genoß Erzbischof Antal Papp die Gastfreundschaft seines Nachfolgers, Péter Gebé, in Užhorod und war sich im klaren darüber, daß der Prozeß bereits nicht mehr rückgängig zu machen war und er die Tschechoslowakei trotz des Widerstandes der ungarischen Regierung bald verlassen mußte. Jedoch wußte er auch, daß man die politischen Interessen der ungarischen Regierung nicht außer Acht lassen dürfe, denn seine Tätigkeit in Ungarn sowie die Anerkennung der Apostolischen Administration hing vom ungarischen Staat ab. Am 1. September 1925 erhielt der Erzbischof ein 10-Tages-Ultimatum von den tschechoslowakischen Behörden, das Land zu verlassen. Die ungarische Regierung ließ ihm über den Budapester Nuntius – außerhalb diplomatischer Kanäle – ausrichten, daß die ungarischen Grenzschutzbehörden bei seiner Ausweisung eine Demarche unternehmen würden, die Einreise ins Land werde ihm aber nicht verweigert. Vor diesem Hintergrund kam es am 11. September 1925 unter deutlicher Polizeipräsenz und großem Presseaufgebot zur Ausweisung und Abschiebung von Erzbischof Papp.

Der Erzbischof ging zuerst nach Budapest, zog dann nach Miskolc und übernahm schließlich am 27. Oktober 1925 die Leitung der Administratur. Als Ersatz für das Domkapitel schuf er das Konsultorenkollegium. Die ungarische Regierung stimmte nach einigem Zögern zu, die Pfründe der Abtei von Tapolca, die er als Bischof von Mukačevo als seine persönliche Pfründe bezog, behalten zu dürfen.

Im Zuge der Organisierung der Apostolischen Administratur bestand das erste anzugehende Problem in der Auswahl ihres Sitzes. Die Stadt Miskolc schien zwar in jeder Hinsicht geeignet zu sein, sie gehörte aber zur Diözese Hajdúdorog. Deshalb beantragte das Konsultorenkollegium beim Heiligen Stuhl mit dem Schreiben vom 9. November 1925 – mit Unterstützung von Erzbischof Papp – die Umordnung der Pfarrei von Miskolc in die Apostolische Administratur und die Erhebung der Kirche am

⁷ Pirigyí, *A magyarországi görögkatolikusok története* (wie Anm. 1), 206.

Búza-Platz zur Kathedrale.⁸ Der gleiche Aspekt, der zur Errichtung der Apostolischen Administratur führte, wurde in diesem Fall zu einem Hindernis für die Entwicklung dieser neuen kirchlichen Verwaltungseinheit. Der Heilige Stuhl wies nämlich den Antrag der Konsultoren damit ab, daß der provisorische Charakter der Apostolischen Administratur keine Gebietserweiterung rechtfertige. Der Heilige Stuhl beharrte auch bei späteren Versuchen (1929 und 1938) des Administrators auf diesem Standpunkt.

Die späteren historischen Ereignisse rechtfertigen den Standpunkt des Heiligen Stuhls. Die Zahl der Pfarreien in der Administratur stieg nicht nur in Folge einer natürlichen Entwicklung (bis 1945 wurden fünf neue Pfarreien errichtet) an, sondern auch durch die Änderungen der Staatsgrenzen. In den nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch (1938) nach Ungarn zurückgekehrten Gebieten fielen sechs Pfarreien des zur Diözese Prešov gehörenden Dekanats Košice, und nach der Rückeroberung Transkarpatiens (1939) fünf weitere Pfarreien an die Administratur. Gleichzeitig kehrten Rudabányácska (ursprünglich in der Diözese Mukačevo) und Beregdaróc (zum Zeitpunkt der Errichtung nur eine Filiale) in ihre Mutterdiözesen zurück. Erzbischof Antal Papp erlebte es wegen seines Todes am 24. Dezember 1945 nicht mehr, daß diese Pfarreien infolge von Grenzkorrekturen nach dem Zweiten Weltkrieg in die Diözese Prešov heimkehrten, und die wieder in Ungarn verbliebenen Pfarreien von Rudabányácska und Beregdaróc nunmehr in die Diözese Hajdúdorog eingereiht wurden.

Diese letzte Entscheidung und die Tatsache, daß Pius XII. am 14. Oktober 1946 Miklós Dudás, den Bischof von Hajdúdorog, zum Apostolischen Administrator ernannte (in der Übergangszeit führte István Szántay-Szémán als Generalvikar das Exarchat), weisen darauf hin, daß der Heilige Stuhl mit dem Ende des Provisoriums rechnete. Die endgültige Regelung wurde aber von den ungarischen innenpolitischen Ereignissen (kommunistische Machtübernahme und ein Frontalangriff auf die Kirchen) verhindert, und die Apostolische Administratur von Miskolc bewahrte ihre Selbständigkeit. Seit der Ernennung von Miklós Dudás zum Administrator führte der jeweilige Bischof von Hajdúdorog bis zur Ernennung von Atanáz Orosz zum Bischof bzw. Exarchen 2011 das Exarchat als Administrator.

Der Argwohn gegenüber den griechisch-katholischen Christen wuchs in der ungarischen Gesellschaft, die unter dem Schock des Friedensvertrages von Trianon stand. Es erwachte wieder die Vorstellung, wonach ein „vertrauenswürdiger“ Ungar nicht dem byzantinischen Ritus angehören könne.⁹ Da dies auch im Alltag zum Ausdruck kam (so hingen z. B. in der

⁸ Akten des Falles: ASV Arch. Nunz. Budapest, Busta 14. fasc. 8/5. fol. 300–316.

⁹ Mátyás Matolcsy, Abgeordneter der Kleinwirtepartei, beanstandete in seiner Parlamentsrede, daß bei der Ansiedlung des Károlyi-Gutes im Komitat Szatmár auch

öffentlichen Verwaltung auch Anstellung und Aufstieg davon ab), kamen sehr viele griechisch-katholische Gläubige bei der Gestaltung ihrer individuellen Lebensstrategie zur Entscheidung, ihren Ritus zu verlassen. Der Rituswechsel wurde dadurch erleichtert, daß die Ostkirchenkongregation diese Angelegenheit ab 1929 in die Kompetenz der Nuntien übertrug, was eine bedeutsame Änderung im Vergleich zur früheren Praxis darstellte.¹⁰ Unter den Unterlagen der Nuntiatur in Budapest finden wir dicke Akten aus den 1930er Jahren, gefüllt mit Übertrittsanträgen, deren Großteil mit Eheschließungen verbunden war.¹¹ In diesen Fällen begründet die eheschließende Person den Antrag damit, daß die Familie des zukünftigen Ehepartners sie/ihn sonst nicht aufnehmen würde. Diese Rituswechsel dezimierten die Anzahl der griechisch-katholischen Intellektuellen, denn vor allem Stadtbewohner trafen diese Entscheidung. Bischof Miklósy versuchte diese Welle von Rituswechseln durch die Verweigerung der Ausstellung von Entlaßscheiden („episcopus a quo“) zu bremsen, konnte aber damit nur die Antipathie der lateinischen Bischöfe auslösen, die im Wechsel zum „höherrangigen“ lateinischen Ritus meistens einen natürlichen Prozeß sahen. Die ernste Konsequenz des Widerstandes von Bischof Miklósy war seine völlige Isolation im Episkopat. Außerdem änderte sich seine royalistische politische Einstellung nicht einmal mit der fortschreitenden Konsolidation des Horthy-Regimes. Dadurch geriet er mit der Regierung, die ansonsten die Kirchen großzügig förderte, in Konflikt. Ein gutes Beispiel dafür, wie schädlich dies wirklich war, lieferte die Vereitelung der Errichtung eines Priesterseminars in der Diözese und einer griechisch-katholischen theologischen Fakultät, obwohl beide großzügig im Zuge der Kulturpolitik unter Kunó Klébersberg angeboten wurden. Bischof Miklósy lehnte diese Geste mit Bezugnahme darauf ab, daß er den von der Regierung vorgeschlagenen Ort in Szeged (wo nach der Umsiedlung der Universität von Klausenburg ein neues Universitätszentrum errichtet wurde) nicht für geeignet hielt. Die Beziehungen von Bischof Miklósy verschlechterten sich nicht nur zu den Bischöfen des lateinischen Ritus und der Regierung. Er hatte seit der Gründung der Apostolischen Administratur von Miskolc auch zahlreiche Konflikte mit Erzbischof Antal Papp. Ein Grund ihrer Meinungsverschiedenheiten lag in der Zugehö-

griechisch-katholische Knechte zu Grundbesitzern kamen. Seiner Meinung nach wäre es wünschenswert, wenn in der Nähe der rumänischen Grenze nur „rein ungarischrassige, ganz zuverlässige, unzweifelhaft der ungarischen Rasse zugehörige Menschen zu Grundbesitz gelangen würden.“ Zitiert bei: *Pirigyi, A magyarországi görögkatolikus története* (wie Anm. 1), 129.

¹⁰ Bis dahin mußten Anträge in Rom unterbreitet werden. Diese Anordnung wurde 1940 zurückgezogen. Siehe *Antal Szlávik, Sajátjogú egyháztagság. Normafejlődés és aktuális kérdések* [Kirchenmitgliedschaft eigenen Rechts. Normentwicklung und aktuelle Fragen], Budapest 2006, 171–172.

¹¹ Z.B. ASV Arch. Nunz. Budapest, Busta 54. 1937 fasc. 2/1–5. fol. 235–533.

rigkeit der Pfarrei von Miskolc. Wie bereits erwähnt, bemühte sich das Konsultorenkollegium der Administratur mit Einverständnis des Erzbischofs darum, Miskolc aus der Diözese von Hajdúdorog in die Administratur zu versetzen. Da dies von Bischof Miklósy erfolgreich verhindert wurde, konnte Erzbischof Antal Papp nur als Gast in der Pfarrkirche von Miskolc Messe zelebrieren. Eine andere Ursache ihres Konflikts war der Gebrauch der Liturgiesprache. Nach dem Weltkrieg verbreitete sich in den Pfarreien der Diözese von Hajdúdorog immer mehr die ungarische Sprache. Die Führungspersönlichkeiten der Diözese bemühten sich stetig darum, daß die Diözese Hajdúdorog im öffentlichen Gespräch wie auch in der Amtssprache als eine „ungarische“ Diözese bezeichnet werde. Die Rundfunkübertragungen von Gottesdiensten ab den 1930er Jahren unterstützten diese Bemühungen. Erzbischof Antal Papp war aber ein Befürworter der kirchenslavischen Liturgie, obwohl an seinem Ungartum und seiner Loyalität gegenüber dem ungarischen Staat nie jemand zweifelte. Er nahm mißbilligend zur Kenntnis, daß der Anspruch auf den Gebrauch der ungarischen Sprache auch in den Pfarreien der Administratur auftrat, und einige Gläubigen sogar bei Reichsverweser Horthy auf die Aufgabe der kirchenslavischen Sprache und die Einführung des Ungarischen drängten. Aufgrund früherer Erfahrungen entwickelte sich seine Überzeugung, daß die tschechoslowakische Regierung durch die Unterstützung der schismatischen Bewegung die Diözesen Prešov und Mukačevo auflösen werde, und daher die Apostolische Administratur die einzige Kirchenverwaltungseinheit mit kirchenslavischer Sprache sein werde. Auch seiner für die Bewahrung der kirchenslavischen liturgischen Tradition empfundene Verantwortung trug dazu bei, daß er die totale Verdrängung des Kirchenslavischen aus den Kirchen der Administratur – solange es möglich war – zu verhindern versuchte.¹²

Als Bischof Miklósy am 29. Oktober 1937 starb, war der wichtigste Aspekt für die Bestimmung des Nachfolgers, daß der neue Bischof nicht nur agil sein sollte und fähig, die nach einhelliger Auffassung in eine tiefe Krise geratene griechisch-katholische Kirche zu erneuern, sondern auch über die sowohl für das Handeln im Bereich der Politik als für die Zusammenarbeit mit den Bischöfen des lateinischen Ritus erforderliche Kompromißbereitschaft verfügen sollte.

¹² Siehe auch: *Tamás Véghseő*, A „Rakaca-Affér“. Adalék az Apostoli Szék és a magyar görögkatolikusok kapcsolataihoz a két világháború között [Die „Affäre Rakaca“. Ein Beitrag zur Geschichte der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und den griechisch-katholischen Christen in Ungarn in der Zwischenkriegszeit], in: *Péter Tusor – Kornél Szovák – Tamás Fedeles* (Hrsg.), *Magyarország és a római Szentszék II. Vatikáni magyar kutatások a 21. században* [Ungarn und der Hl. Römische Stuhl II. Vatikanische ungarische Forschungen im 21. Jh.], Budapest – Róma 2017, 377–394.

Nach dem Tod von Bischof Miklósy blieb der Bischofsstuhl von Hajdúdorog etwa 1,5 Jahre lang unbesetzt. Bis der Heilige Stuhl und die ungarische Regierung einen geeigneten Nachfolger fanden, wurde die Diözese von Vikar Jenő Bányay verwaltet.

Während der Sedisvakanz fand der 34. Eucharistische Weltkongreß statt, der vom 24. bis zum 28. Mai 1938 in Budapest veranstaltet wurde. Während sich die griechisch-katholischen Christen auf das international herausragende katholische Ereignis dieser Ära vorbereiteten, taten sie – vor allem dank der Organisationsarbeit von Prälat István Szántay-Szémán – alles dafür, daß „unsere östliche Kirche im Rahmen dieses Kongresses eine solche repräsentative Rolle übernehme, die die Gleichberechtigung zwischen den westlichen und östlichen Riten vor der ganzen Welt überzeugend demonstriert.“¹³ Der gelehrte Vikar der Apostolischen Administratur von Miskolc erreichte es, daß eine griechisch-katholische Heilige Liturgie und eine griechisch-katholische feierliche Sitzung in das Kongreßprogramm aufgenommen wurden. Die Heilige Liturgie in griechischer Sprache fand am 27. Mai in der St.-Stephans-Basilika statt: sie wurde vom Athener Exarchen Georges Calavassy, dem Istanbul Exarchen Denys Leonid Varouhas, dem sofioter Exarchen Kyril Stefan Kurteff und István Szántay-Szémán zelebriert. Anwesend war auch der päpstliche Legat Eugenio Pacelli (später Pius XII.), der auch gewisse Teile der Liturgie intonisierte.¹⁴

Nach dem Tod von Bischof Miklósy begann der Heilige Stuhl unverzüglich mit der ungarischen Regierung Verhandlungen zu führen und von einflußreichen ungarischen Kirchenmännern Stellungnahmen und Vorschläge einzuholen.¹⁵ Ferenc Luttor, ungarischer Botschaftsrat beim Heiligen Stuhl, favorisierte die Ernennung von Antal Papp, die Kongregation für die orientalischen Kirchen verwarf dies jedoch wegen des hohen Alters des Erzbischofs bald. Bezeichnend für die allgemeine Anerkennung von István Szántay-Szémán war, daß die Ostkirchenkongregation auch über ihn Informationen einholen ließ. Die in Rom eingetroffenen Stellungnahmen über ihn waren notwendigerweise kurz: da er ein Priester

¹³ *István Szántay-Szémán, Az Eucharisztikus Kongresszus és a keleti egyesült egyház* [Der Eucharistische Kongreß und die unierte Ostkirche], in: *Keleti Egyház* 1938, Heft. 5, 143.

¹⁴ *Jusztinián Serédi, A XXXIV. Nemzetközi Eucharisztikus kongresszus emlékkönyve* [Gedenkbuch des XXXIV. Internationalen Eucharistischen Kongresses], Budapest 1938, 158–161.

¹⁵ Akten des Falles: ASV Arch. Nunz. Ungheria, b. 54. fasc. 2. ff. 260–279. és ASV Arch. Nunz. Ungheria, b. 57. fasc. 1. ff. 5–13. Siehe auch: *Tamás Véghseő, Miklósy István hajdúdorogi püspök utódlása. Új adatok a budapesti nunciatura levéltárából* [Die Nachfolge von István Miklósy, Bischof von Hajdúdorog. Neue Hinweise aus dem Archiv der Apostolischen Nuntiatur in Budapest], in: *Péter Tusor* (Hrsg.), *Magyarország és a római Szentszék (Források és távlatok). Tanulmányok Erdő bíboros tiszteletére [Ungarn und der Römische Hl. Stuhl (Quellen und Perspektiven). Studien zu Ehren von Kardinal Erdő]*, Budapest – Rom 2012, 325–341.

mit Familie war, kam er nicht als Bewerber in Frage. Unter den Basilianern tauchten die Namen von János Imre Liki und Miklós Dudás mit der Bemerkung auf, daß der letztere dem Diözesanklerus bereits gut bekannt sei und daß man ihn auch gerne akzeptieren würde. Die Tugenden und Kenntnisse von János Imre Liki waren zwar allgemein anerkannt, er war aber weniger bekannt, da er in diesen Jahren im Dienste seines Ordens vor allem in der Tschechoslowakei tätig war. Der Kandidat des Heiligen Stuhls war der für die in den Vereinigten Staaten lebenden griechisch-katholischen Gläubigen zuständige Bischof Basil Takacs (Takach). Gemäß bewährter diplomatischer Praxis erfolgte die Auswahl der Bischöfe in der Weise, daß ein Vertreter der Regierung die Namensliste der für sie annehmbaren Kandidaten der Nuntiatur in Budapest übermittelte. Der Heilige Stuhl prüfte zuerst diese Namensliste und unterbreitete dann seinen eigenen Vorschlag. Am 17. Dezember 1937 übermittelte der Außenminister an Nuntius Angelo Rotta die Note, welche die Namen von Takacs und Dudás beinhaltete. Am nächsten Tag suchte jedoch István Csáky, der Kabinettschef des Außenministers den Nuntius auf und signalisierte, daß die Namen auf der Liste versehentlich in falscher Reihenfolge angegeben seien, und der Spitzenkandidat der Regierung Dudás sei. Es tauchten jedoch auch mehrere Argumente gegen die Kandidatur von Takacs auf, von denen die ungarische Regierung vor allem beängstigend fand, daß der aus Užhorod in die Vereinigten Staaten gelangte Bischof tschechoslowakischer Staatsbürger war. Die weiteren Diskussionen nahmen mehr als ein Jahr in Anspruch. Da die Nuntiatur in Budapest 1939 in den Besitz von Informationen gelangte, die für Bischof Takacs kompromittierend waren, entschied sich Pius XII. am 25. März 1939 schließlich für die Ernennung von Miklós Dudás.

Dieser wurde 1902 in Máriapócs geboren und trat 1920 dem Basilienerorden bei. Er absolvierte seine theologische Ausbildung in Rom und wurde 1927 von Bischof Miklósy zum Priester geweiht. Zuerst lehrte er im Studienhaus des Ordens in der Tschechoslowakei, später wurde er Klostersvorsteher in Máriapócs. Ab 1933 war er Leiter des ungarischen Bezirks in der Provinz des Heiligen Nikolaus. Er gründete das Ordenshaus der Basilianer in Hajdúdorog, und siedelte die Basilianerinnen in Ungarn an. 1937/38 unternahm er eine wirkungsvolle Missionsrundreise in die Vereinigten Staaten. Erzbischof Antal Papp weihte Miklós Dudás am 14. Mai 1939 in der Gnadenkirche von Máriapócs zum Bischof, Mitkonsekratoren waren Andre Kriston, Weihbischof von Eger und der Weihbischof von Esztergom, Zoltán Meszlényi, der später den Märtyrertod erleiden sollte.

Der zum Zeitpunkt seiner Ernennung nur 37 Jahre alte Bischof machte sich mit jugendlichem Schwung ans Werk. *„Meine oberhirtliche Mission und Zielsetzung ist, in unserer Diözese durch die Vertiefung und das Bewußtmachen des Glaubenslebens ein vollkommenes Volk für den Herrn bereit zu machen“*

(Lk 1,17) – teilte er dem Diözesanklerus mit.¹⁶ Er konnte nicht einmal erahnen, welch enorme Kräfte ihn an der Erfüllung seiner Mission während seines 33 Jahre dauernden Bischofsdienstes hindern würden. 27 Jahre nach der Gründung der Diözese war immer noch die Errichtung der grundlegenden Institutionen die wichtigste Aufgabe. Bischof Dudás begann bereits im Herbst 1939 Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über den Institutionenaufbau zu führen. Seiner Vorstellung nach wollte er ein Priesterseminar im Bischofshaus errichten und den Bischofspalast an einem anderen Ort der Stadt aufbauen. Dieses Konzept wurde vom Ministerium akzeptiert, und der Bürgermeister von Nyíregyháza, Pál Szohor, kündigte seine Bereitschaft an, ein früheres Angebot der Stadt für den Aufbau einer Bischofsresidenz zu erfüllen. Das Ministerium drängte auf die Errichtung eines Bistumsinternats, bzw. auf die tatsächliche Einlösung des jahrzehnte zuvor getätigten Versprechens, die Ausbildung griechisch-katholischer Kantorenlehrer an der staatlichen Lehrerbildungsanstalt zu ermöglichen.¹⁷

Die Umsetzung dieser umfangreichen Pläne wurde durch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vereitelt. Von den geplanten Bauarbeiten konnte nur mit dem Bau der Bischofsresidenz an der Sóstói Straße begonnen werden. Das Gebäude wurde zwar unter gewaltigen Opfern bis zum Kriegsende fertig, der Bischof konnte es aber wegen der politischen Veränderungen nicht mehr in Gebrauch nehmen. Das Lyzeum und die Lehrerbildungsanstalt nahmen schließlich 1942 in Hajdúdorog unter ärmlichen Verhältnissen ihre Tätigkeiten auf. Auf Initiative des Bischofs war ein Jahr zuvor in dieser Stadt eine Volkshochschule gegründet worden. In dem ebendort befindlichen Ordenshaus der Basilianer nahm ein Schülerheim seine Tätigkeit auf, während die Basilianerinnen die Unterbringung der Schülerinnen in ihrem eigenen Gebäude sicherten. Auf Anregung des Religionslehrers Gyula Kovács nahm das Schülerheim zum Hl. Josaphat 1943 in Nyíregyháza in gemieteten Räumen seine Tätigkeit auf, ebenfalls unter ärmlichen Verhältnissen und mit einer geringen Schülerzahl.¹⁸

Bischof Dudás förderte auch den Ausbau der Organisation des KALOT (Landesverband katholischer Burschenvereine) und des KALÁSZ (Bund katholischer Mädchenzirkel) auf Diözesanebene.¹⁹

Die Seminaristenausbildung der Diözese erfolgte nach dem Wiederschluß Transkarpatiens wieder im Priesterseminar von Užhorod, wo der spätere Märtyrer-Bischof Teodor Romža (Tódor Romzsa) geistlicher Leiter war. Die Möglichkeit einer intensiveren Beziehung zur Diözese Mukačevo bestand nur bis Herbst 1944; danach kehrten die Seminaristen in das zen-

¹⁶ Hirtenbrief von Bischof Miklós Dudás 5/1939, 1.

¹⁷ *Pirigyi*, A magyarországi görögkatolikusok története (wie Anm. 1), 141–142.

¹⁸ Ebd., 177.

¹⁹ Ebd., 159.

trale Priesterseminar zurück. Ab Januar 1944, nach dem Tode von Bischof Sándor Sztojka, leitete Bischof Miklós Dudás auch die Diözese von Mukačevo als Apostolischer Administrator. Im September desselben Jahres weihte er Teodor Romža zum Bischof, dem er auch die tatsächliche Verwaltung der Diözese überließ.²⁰

Die Schwierigkeiten der Kriegsjahre engten die Möglichkeiten des tatkräftigen Bischofs völlig ein, und die Entwicklung der Kriegereignisse brachten sowohl ihn als auch die Gläubigen in immer größere Besorgnis. Bischof Dudás bemühte sich, diese bei Sühnewallfahrten, die zum Kirchweihfest von Máriapócs veranstaltet wurden, zu ermutigen. Die von der im Herbst 1944 Ungarn überrollende Sowjetarmee verübten Gewaltakte und Greuelthaten gegen die Zivilbevölkerung ließen die schlimmsten Befürchtungen wahr werden. Bereits in der Winterzeit begann die Verschleppung der arbeitsfähigen Bevölkerung in die Sowjetunion, zur „malenkij robot“ [einer kleinen Arbeit, Red.], die für viele einem Todesurteil gleichkam. Während der Kampfhandlungen wurden vier Kirchen zerstört, acht weitere erlitten erhebliche Schäden. Nach dem Durchzug der Front begab sich Bischof Dudás sofort auf eine Rundreise, um seinen leidgeprüften Gläubigen Trost spenden zu können.²¹ Nach dem Tod von Antal Papp zu Weihnachten 1945 ernannte Pius XII. am 14. Oktober 1946 Bischof Miklós Dudás zum Apostolischen Administrator des Miskolczer Exarchats, wodurch er zum alleinigen Oberhirten aller griechisch-katholischen Christen des Landes wurde und die gesamte Leitungsverantwortung auf seinen Schultern ruhte. Auch Bischof Dudás ernannte István Szántay-Szémán zum Generalvikar.

„In den schweren Tagen der Heimsuchung“²² verkündete der Bischof die Feierlichkeiten anlässlich des Doppeljubiläums der griechisch-katholischen Kirche Ungarns: den 300. Jahrestag der Union von Užhorod und den 250. Jahrestag des ersten Tränenwunders in Máriapócs. Die zentralen Feierlichkeiten wurden in Máriapócs am 7. und 8. September, zum Kirchweihfest Mariä Geburt, abgehalten. Wegen der immer stärkeren Angriffe gegen die katholische Kirche, ihre Schulen sowie die Religionslehre waren die Feierlichkeiten nicht nur Ausdruck des dankbaren Gedenkens, sondern auch eine Manifestation des Zeugnisses, der Kirchentreue und des Zusammenhalts. Die Basilianerpatres bereiteten sich durch jahrelange Renovierungen auf das Jubiläum vor. Deshalb konnte das Gnadenbild den Pilgerstrom von fast einer Viertel Million Menschen bereits auf dem neuen Gnadenaltar empfangen. Festredner auf dem Kirchweihfest war Fürstprimas József Mindszenty, Erzbischof von Esztergom, der sich im Mai gezwungen sah, in einem Hirtenbrief die katholischen Schulen und die Reli-

²⁰ Ebd., 141–142.

²¹ Hirtenbrief von Miklós Dudás 1/1946, 1.

²² Hirtenbrief von Miklós Dudás 2/1946, 1.

gionslehre im Interesse der Jugend in Schutz zu nehmen. Der Kardinal erinnerte an die Ereignisse des Tränenwunders und betonte den Wert der Treue zum Gnadenbild. Er stellte fest, daß noch mehr feiernde Gläubige zum 250-Jahr Jubiläum hätten kommen können, wenn äußere Mächte sie nicht zum Fernbleiben gezwungen hätten. Er gedachte der Ungarn jenseits der Landesgrenzen und erklärte, daß die Katholiken bei der Gottesmutter Maria Berufung gegen das Urteil der „Pariser Richter“ einlegen werden. Angesichts der Bedrängnisse wies er auf Zeichen der Hoffnung hin: auf die Kirchen, die katholischen Schulen, die christlichen Familien und die Friedhöfe, die zum Symbol der Treue zum Heimatland wurden. Im Hinblick auf sein späteres persönliches Schicksal hörten sich seine Mahnungen wie eine Prophezeiung an: *„Kein Ungar soll einen anderen Ungarn hinter Gitter bringen! Kein Ungar soll einen anderen Ungar verraten!“*²³

In dieser Zeit führte das Innenministerium unter Leitung des Kommunisten László Rajk bereits Einschüchterungsaktionen gegen die katholische Kirche durch. Es wurden religiöse Vereine aufgelöst und eine Hetzkampagne in der Presse gegen die Kirche gestartet. Im April wurde der Franziskanermönch Szaléz Kiss wegen „sowjetfeindlicher Umtriebe“ festgenommen und im Oktober zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die 1946 errichtete Staatsschutzabteilung der Ungarischen Staatspolizei (Államvédelmi Osztály) nahm sehr viele Kirchenmänner fest, unter ihnen mehrere griechisch-katholische Priester und Ordensleute.

Die Kirchen konnten – ausgehend von den Maßnahmen des Innenministeriums unter Rajk – keine Zweifel an den Zukunftsvorstellungen der 1947 durch Wahlbetrug an die Macht gelangten Kommunisten haben. Die ungarischen griechisch-katholischen Gläubigen waren besonders wegen der erschütternden Nachrichten besorgt, die aus dem an die Sowjetunion angeschlossenen Transkarpatien, aus der Diözese von Mukačevo zu ihnen gelangten. Die brutale Ermordung von Bischof Tódor Romzsa (1. November 1947) und das anschließende Verbot der griechisch-katholischen Kirche ließen erahnen, daß auch die ungarischen Anhänger Stalins ähnliche Schritte planten.

„Der griechisch-katholische Bischof Dudás ist auch einer der Hauptfeinde der Demokratie“ – betonte Mátyás Rákosi in der Sitzung des Ministerrates am 4. Juni 1948, als Minister László Rajk einen Bericht über die Ereignisse von Pócspetri vorlegte.²⁴ Die kommunistischen Minister verhandelten über das Drehbuch der Vergeltung, als die unheilverkündenden Worte von Rákosi ertönten. Wegen der geplanten Verstaatlichung der kirchlichen Schulen kam es landesweit zu Protesten. Während der Protestkundge-

²³ Margit Beke (Hrsg.), *Egyházam és hazám. Mindszenty József hercegprímás szentbeszédei* [Meine Kirche und meine Heimat. Predigten von József Mindszenty, Primas von Ungarn], Bd. 1, 1945–1946 Esztergom 1991, 188–190.

²⁴ Zitiert bei: *Véghseő, Útjaink/Our paths* (wie Anm. *), 75.

bung in Pócspetri ereignete sich ein Tumult. Bei diesem ging ein Gewehr versehentlich los und verwundete einen Polizisten tödlich. Die Kommunistische Partei wollte den Vorfall dafür nutzen, durch die Verdächtigung und Verurteilung des örtlichen Pfarrers die katholische Kirche – ihre Bischöfe, Priester und Gläubigen – einzuschüchtern. Rákosi ließ einen Zeitplan für den totalen Krieg gegen die „klerikale Reaktion“ aufstellen, und entschied damit auch über die Zukunft von Bischof Dudás, der klar die politische Haltung von Kardinal Mindszenty teilte.

Ein Schreiben des Außenministeriums aus diesen Tagen brachte eindeutig die kommunistische Interpretation der griechisch-katholischen Frage zum Ausdruck: *„Auf politischer Ebene äußert sich der Einfluß des Vatikans nicht nur durch die katholische, sondern natürliche auch durch die griechisch-katholische Kirche. Falls in Ungarn eine lebensfähige ungarische griechisch-orthodoxe Kirche entstünde, könnte sie die Rolle eines Rammbocks gegen die griechisch-katholische Kirche übernehmen und würde es ermöglichen, die Frage nach der Rückkehr der griechisch-katholischen Kirche in den Schoß der orthodoxen Kirche bzw. der Auflösung der Union aufzuwerfen. (Das geschah in der Westukraine, und ist in Polen und der Karpatoukraine im Gange.) Die Volksdemokratien müssen auf jeden Fall jene Kirchen unterstützen, deren kirchliche Oberbehörden sich nicht außerhalb des Landes, oder zumindest nicht im feindlichen Ausland befinden.“*²⁵

Die Auflösung der griechisch-katholischen Kirche diente in erster Linie dazu, die Wirkung des ideologischen Hauptfeindes Vatikan auf die Gläubigen zu verringern. Deswegen wurde die Eingliederung in das „nicht im feindlichen Ausland befindliche“ und unter der totalen Kontrolle der Sowjets stehende Moskauer Patriarchat als Zielsetzung formuliert. Im Interesse der Umsetzung bat Rákosi um die Hilfe der sowjetischen Genossen, und regte sie dazu an, einen ungarischsprechenden russischen Priester nach Ungarn zu schicken. Dieser würde zuerst die orthodoxen Gemeinschaften, die verschiedenen Jurisdiktionen unterlagen und denen insgesamt einige zehntausend Gläubige angehören, vereinigen und danach die Auflösung der griechisch-katholischen Kirche unterstützen. Dem Wunsch des ungarischen Parteichefs entsprechend schickte Moskau im Oktober 1949 Erzpriester Ivan Kopolovič (später: Erzbischof Jonafan) nach Budapest. Er war aber bald mit den Schwierigkeiten bezüglich der Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben konfrontiert. Trotz starker Unterstützung von Seiten des ungarischen Staates konnte er das Zusammenschließen der orthodoxen Gemeinschaften Ungarns unter eine Jurisdiktion

²⁵ Margit Balogh, Elvetélt fordulatok az egyházpolitikában. Kísérletek a nemzeti katolikus egyház megteremtésére [Mißlungene Wendungen in der Kirchenpolitik. Versuche der Schaffung einer katholischen Nationalkirche], in: *Éva Standeisky – János M. Rainer* (Hrsg.), *Évkönyv 7. Magyarország a jelenkorban* [Jahrbuch 7. Ungarn in der Gegenwart], Budapest 1999, 54–65.

nicht erreichen, obwohl dies die Minimalvoraussetzung für die Einverleibung der griechisch-katholischen Kirche mit ihren 250 000 Gläubigen gewesen wäre. Obwohl Metropolit Jelevferij von Prag während seines Besuches 1950 in Budapest noch seine Hoffnung zum Ausdruck brachte, daß Kopolovič die Auflösung der ungarischen griechisch-katholischen Kirche erfolgreich vornehmen könne, wie er dies bereits in der Tschechoslowakei getan hat, wurden die Chancen auf eine Durchführung immer geringer.

Über die griechisch-katholischen Christen schrieb Kopolovič selbst: „sie werden harte Nüsse sein.“ Er merkte an, daß im griechisch-katholischen Klerus kein Interesse an der Orthodoxie bestünde und wies auch darauf hin, daß der Großteil der griechisch-katholischen Christen im Falle der Auflösung eher die lateinische Kirche oder sogar eine der protestantischen Kirchen wählen würde.²⁶

Gleichzeitig mit den unter Kopolovič gesammelten Erfahrungen (oder sogar noch früher) erkannte auch Rákosi, daß die ständige Drohung mit der Auflösung eine viel effektivere Waffe sei, als die tatsächliche Auflösung. Die Auflösung sei ein einziger Schlag mit einem äußerst zweifelhaften Ergebnis, und könnte sogar zur Entstehung einer Kirche im Untergrund führen, deren Kontrolle und Verfolgung von den Staatssicherheitsorganen umfangreiche Ressourcen abverlangen würde. Die Drohung mit einem Verbot der griechisch-katholischen Kirche konnte aber in jedem Streitfall zur Erpressung des griechisch-katholischen Bischofs verwendet werden.

Es ist aber auch wahrscheinlich, daß die Sowjets aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Verbot der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche die Auflösung der ungarischen griechisch-katholischen Kirche mit der Zeit nicht mehr forcierten. Die ukrainische griechisch-katholische Kirche setzte ihre Tätigkeit nämlich im Untergrund fort; und ihre Kontrolle war für den KGB eine ernste Herausforderung. Der sowjetische Geheimdienst war vor allem an den Anweisungen des Heiligen Stuhls sowie an den Vorstellungen der Römischen Kurie und am Standpunkt der mit dieser Frage befaßten führenden Kardinäle interessiert. Bei der Besorgung von Informationen war es ein ausgesprochener Vorteil, daß es in Ungarn einen griechisch-katholischen Bischof gab, der zum Heiligen Stuhl Kontakte unterhielt und in dessen Umgebung auch Agenten eingesetzt werden konnten. Das KGB schickte sogar noch Ende der 1960-er Jahre eine Agentin namens Potočina nach Ungarn, die versuchte, sich unter dem Vorwand eines Verwandtenbesuches das Vertrauen von Bischof Dudás zu erschleichen, um sich von ihm Informationen über das Verhältnis zwischen dem

²⁶ Т. В. Волокитина – Т. В. Волокитина – Г. П. Мурашко – А. Ф. Носкова, *Власть и церковь в Восточной Европе. 1944–1953. Документы российских архивов* [Staatsmacht und Kirche in Osteuropa. 1944–1953. Dokumente russischer Archive], 2 Bde., Moskau 2009, Bd. 2: 1949–1953, Dokument 29.

Heiligen Stuhl und der ukrainischen griechisch-katholischen Untergrundkirche zu verschaffen.²⁷

Somit konnte die ungarische griechisch-katholische Kirche ihre Auflösung vermeiden; ihr Schicksal verband sich mit dem der römisch-katholischen Kirche. Die Staatsgewalt sicherte im Grundsatz ihre gesetzmäßige Tätigkeit ab, schränkte sie aber in besonderem Maße in ihren Möglichkeiten ein und stellte die Tätigkeit der bischöflichen Kanzlei unter totale Kontrolle.

Ende 1948, nach der Festnahme von Kardinal Mindszenty, wurde die Drohung von Rákosi wahr. Am Abend des 30. Dezember wurde Bischof Dudás zur Vernehmung nach Budapest vorgeführt, direkt ins Büro von Innenminister Kádár. Dieser zeigte ihm ein großes Aktenbündel. Er behauptete, daß dies Beweise enthielte, auf deren Grundlage der Bischof leicht verurteilt werden könnte. Er merkte ferner auch an, daß Kardinal Mindszenty eine ihn belastende Aussage gemacht hätte. Er forderte ihn zum Rücktritt auf; in diesem Fall würde man die Anklage fallenlassen. Das Ziel der Vernehmung war die Einschüchterung, man wollte den Bischof auf die am 4. Januar beginnende Sitzung der Ungarischen Katholischen Bischofskonferenz „vorbereiten“. Dem Protokoll über die Sitzung der Bischofskonferenz und dem Bericht eines verdeckten Agenten ist klar zu entnehmen, daß die teuflische Taktik der Einschüchterung tatsächlich aufging. Der gepeinigte Bischof blieb bis zum Ende der Sitzung schweigsam. Erzbischof Gyula Czapik von Eger war der Meinung, daß Bischof Dudás auf Veranlassung des orthodoxen Priesters János Varjú, der vor dem Eintreffen von Kopolovič dessen Tätigkeit vorbereitete, in den Kreis der Beschuldigten geriet. Bischof Dudás teilte in der Sitzungspause seine Befürchtungen mit einem dem Episkopat nahe stehenden Laien. Er wußte nicht, daß diese Person zu dieser Zeit bereits als rekrutierter Agent im Bereich der Bischöfe tätig war und sofort eine Meldung über das vertrauliche Gespräch erstattete... Der Bischof teilte ihm mit, daß er seit seiner Begegnung mit Kádár nicht mehr schlafen könne. Er wußte, daß er wegen seiner griechisch-katholischen Zugehörigkeit mit einer härteren Behandlung von Seiten der Kommunisten rechnen mußte, denn die Brutalität der Sowjets, mit der sie die ukrainische und transkarpatische Kirche verfolgten, war allgemein bekannt. Er fürchtete sich auch davor, daß die ungarischen Kommunisten ihn den Russen übergeben könnten. Der Agent gab ihm den Rat, *„er möge sich nicht allzusehr für die Linie des Primas exponieren, dann würde ihm sicher nichts geschehen.“* Der Bischof war glücklich darüber, daß er seine Befürchtungen mit jemandem teilen konnte, und das Gespräch wirkte auf ihn einigermaßen beruhigend. Seine Ruhe dauerte aber nur einige Stunden. Noch am selben Abend trafen sich die Bischöfe mit

²⁷ Végheő, Útjaink/Our paths (wie Anm. *), 76.

Kádár und Rákosi, die äußert aggressiv gegen sie auftraten. Bischof Dudás war wiederum zur Zielscheibe von Kádár geworden, der einen Brief (mit unbekanntem Inhalt) herumschwenkte, der nach Deutung des Innenministers die Schuld des griechisch-katholischen Bischofs dokumentieren sollte. Der Agent, der von der Sitzung der Bischofskonferenz am nächsten Tag berichtete, formulierte wie folgt: „Dudás, nachdem er sich gestern einigermaßen beruhigt hatte, war nach der Enthüllung, die Kádár vom Innenminister bekam, wieder völlig geschockt.“²⁸

Die Ereignisse, die sich zwischen dem 30. Dezember und 4. Januar abspielten, ließen erahnen, was Bischof Dudás für die nächsten anderthalb Jahrzehnte bevorstand: Einschüchterung, Erpressung und Verrat durch Agenten.

Nach der Verstaatlichung der kirchlichen Schulen, und in Folge des zwischen dem Staat und der katholischen Kirche erzwungenen Abkommens wurde 1950 das Gesetz über die Aufhebung der geistlichen Orden verabschiedet. Demzufolge mußten alle Ordensmänner und -frauen bis zum 5. Dezember des Jahres ihre Ordenshäuser verlassen. Es begann die Aussiedlung und Zerstreuung der Ordensleute. Im Sinne des Gesetzes mußten 34 Basilianer (darunter 16 Priester, 14 Novizen und 4 Brüder) und 28 Basilianerinnen (darunter 4 Novizinnen) ihre Ordenshäuser verlassen. Ihre Klöster, bzw. die von ihnen unterhaltenen Einrichtungen wurden verstaatlicht. Die Basilianer waren gezwungen, ihr Haus in Hajdúdorog und das 1948 in Kiszest errichtete Heim zu verlassen. Die 1947 gegründete und von Vater Bertalan Dudás geleitete Provinz zum Hl. Stefan wurde aufgelöst.²⁹

Am Beginn des neuen Kreuzweges, als die äußeren Umstände vielleicht ungünstiger waren als je zuvor, wurden die ungarischen griechisch-katholischen Gläubigen durch die Erfüllung eines lang ersehnten Wunsches getröstet. Bischof Miklós Dudás errichtete in Nyíregyháza – nach Überlassung eines Teils der Bischofsresidenz – ein Priesterseminar und eine theologische Hochschule. Er meldete die Gründung dem Ministerium für Religion und Bildung in seinem Brief vom 6. September 1950, was das Ministerium in seinem Antwortschreiben auch zur Kenntnis nahm. Die unerwartete Entscheidung von Bischof Dudás, für die – wie schon zu früheren Zeiten – die finanzielle Basis fehlte, war auch dadurch motiviert,

²⁸ Margit Balogh (Hrsg.), *A Magyar Katolikus Püspöki Kar tanácskozásai 1949–1965* közzött. Dokumentumok [Sitzungen der Ungarischen Bischofskonferenz zwischen 1949 und 1965. Dokumente], Budapest 2008, Bd. 1, 39–55.

²⁹ Bertalan Dudás, *A baziliták szerepe a Hajdúdorogi Egyházmegye történetében* [Die Rolle der Basilianer in der Geschichte der Diözese Hajdúdorog], in: Imre Timkó (Hrsg.), *A Hajdúdorogi Bizánci Katolikus Egyházmegye Jubileumi Emlékkönyve, 1912–1987* [Jubiläumsbuch der Diözese Hajdúdorog, 1912–1987], Nyíregyháza 1987, 111.

daß sich dadurch eine Gelegenheit zur Unterbringung der Novizen des aufgelösten Basilianerordens ergab.

Dieser nachgiebige Standpunkt des Staates mag auf den ersten Blick überraschend erscheinen, denn diese Zeit war durch die vorsätzliche Lähmung und Schließung katholischer Einrichtungen gekennzeichnet. Aber der Schritt von Bischof Dudás brachte auch aus der Perspektive der Kommunisten Vorteile mit sich. 1950 war noch das offizielle Ziel, die Angehörigen der griechisch-katholischen Kirche von der katholischen Kirche zu trennen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet konnte es als ein unterstützungswürdiges Anliegen erscheinen, daß die griechisch-katholischen Seminaristen aus dem Zentralen Priesterseminar ausgegliedert und damit dem Einfluß der lateinischen Kirche entzogen werden. Andererseits wurde die totale Kontrolle über die griechisch-katholische Kirche auch dadurch erleichtert, daß die Seminaristen an einem einzigen Ort, noch dazu im bischöflichen Amtsgebäude untergebracht wurden. Es war offenkundig, daß die Einrichtung nur im völligen Ausgeliefertsein an die Staatsgewalt tätig sein konnte, was auch die Möglichkeit bot, mit Agententätigkeiten beauftragte Lehrkräfte miteinzubinden. Die erhalten gebliebenen und bisher veröffentlichten Agentenberichte bezeugen, daß die Staatsgewalt diese Form der Kontrolle auch ausüben konnte. Die Kommunisten waren sich über die Bedeutung des Priesterseminars im klaren. Sie wußten, welche große Rolle diese Einrichtung für die Sicherung des Priester Nachwuchses und für die Tätigkeit der griechisch-katholischen Kirche an und für sich spielte. Diese Tatsache erhöhte das Erpressungspotenzial der Staatsgewalt gegenüber dem bereits eingeschüchterten Bischof.

Das Priesterseminar begann unter äußerst bescheidenen Umständen seine Tätigkeit in den letzten Tagen des Septembers 1950 mit fünf Seminaristen im ersten und zehn Seminaristen im zweiten Jahrgang. Sein erster Rektor war der Basilianer János Imre Liki, der das Amt bis 1958 innehatte. Mit den Aufgaben des Vizerektors wurde Vikar István Rojkovich betraut; ab 1951 war Kirchenrechtler János Hollós der Seminarpräfekt. Der Spiritual war auch ein Basilianer, Ágoston Orosz, der von der Staatsgewalt nur 11 Monate lang toleriert wurde. Sein Nachfolger, Gyula Kovács konnte auch nur ein Jahr lang die Seminaristen begleiten. Nach seiner Entfernung konnten Jenő Palatitz und danach Ferenc Rohály, ein hochgebildeter Liturgiker, schon für längere Zeit dieses wichtige Amt im Priesterseminar ausüben. Die ersten Jahre waren durch den häufigen, auf staatlichen Druck erfolgenden Austausch der Lehrkräfte gekennzeichnet. 1952 mußten auch die ehemaligen Basilianernovizen das Seminar verlassen. Zum Betrieb der Einrichtung war auch die aufopfernde Arbeit der aus ihren Ordenshäusern vertriebenen Basilianerinnen notwendig.

„... jetzt, da wir im Zentrum der Diözese im bescheidenen Rahmen mit dem ersten und zweiten Jahrgang unser eigenes Seminar eröffnen, bete ich demütig

zum Herrn, und bitte auch um eure inbrünstigen Gebete: möge die Eröffnung unserer Einrichtung eine wahrhafte Fackelentzündung für unsere Diözese werden. Möge dieses Priesterseminar zum Herd des griechischen Ritus auf ungarischem Boden werden. Möge es ein Hochofen sein, der die Seele unseres Bischofs und die Seelen seiner Priester, Seminaristen und Gläubigen in Glaube, Liebe und Kirchentreuheit miteinander verschmelzen läßt.“ – schrieb der Oberhirte in seinem Hirtenbrief vom 15. September 1950 an seine Priester.³⁰

Vor allem der zuletzt zitierte Satz war im Lichte der Ereignisse des letzten Monats bedeutsam. Um die Einheit von Klerus und Bischöfen zu zerstören und den Widerstand der letzteren brechen zu können, gründeten die Vertreter der kommunistischen Staatsgewalt im August 1950 das Friedenskomitee katholischer Priester, für deren Leitung sie Priester gewannen, die bereit waren, sich auch gegen ihre eigenen Bischöfe zu stellen.³¹ Die Tarnfähigkeit der Bewegung bestand in der Förderung des Friedens, tatsächlich agierte sie aber als paralleler Machtfaktor innerhalb der Kirche. Durch das 1951 errichtete Staatliche Kirchenamt gewährte die Staatsgewalt Priestern, die sich der Bewegung anschlossen und in dieser eine führende Rolle übernahmen, verschiedene Vorteile. Das Dilemma des „breiten“ und des „schmalen Weges“ stellte auch griechisch-katholische Priester vor eine Entscheidung. Alle, die sich für eine aktive Teilnahme an der Friedensbewegung und damit für den „breiten Weg“ entschieden, erhielten auf Druck des Staatlichen Kirchenamtes bereits im folgenden Jahr ihre Belohnung: es wurden ein neuer Generalvikar und Büroleiter sowie neue Archidekane und Dekane ernannt. Für die bedeutendsten Pfarreien wurden bald Friedenspriester zu Pfarrern ernannt, und denen, die sich der Friedensbewegung fernhielten, standen Versetzung und Nichtberücksichtigung bevor. Die Verschleppung eines Priesters war auch ein Mittel der Einschüchterung: das Staatliche Kirchenamt verschleppte 1950 Géza Békés, den Seelsorger von Vértés, und 1952 Miklós Véghseő, den Kaplan von Hajdúböszörmény und hielt sie monatelang in Gefangenschaft, während die Angehörigen nicht einmal ihren Gewahrsamsort erfahren konnten.³²

Die Staatsgewalt konnte aber die griechisch-katholische Kirche nicht nur durch das Staatliche Kirchenamt und die Friedenspriester-Bewegung kontrollieren, sondern auch durch den Ausbau eines Agentennetzwerkes. Die Anwerbungsversuche der Staatssicherheitsdienste waren beim Klerus in mehreren Fällen erfolgreich. Die Motivationen für die Übernahme und Erfüllung von Agententätigkeiten (Informationsbeschaffung und Berichterstattung) waren von Fall zu Fall verschieden. Manche wurden durch

³⁰ Hirtenbrief von Miklós Dudás 8/1950, 1.

³¹ Siehe auch: József Gyula Orbán, Friedensbewegung katholischer Priester in Ungarn 1950–1956, Budapest 1996.

³² Véghseő, Útjaink/Our paths (wie Anm. *), 78–80.

Einschüchterung oder Erpressung zu einer Kooperation bewogen, aber es gab auch andere, die von der Wahrnehmung des Auftrages die Erfüllung ihrer Ambitionen und eine Förderung ihrer Karriere erwarteten. Es gab auch Priester, die mit der Überzeugung eine Agententätigkeit ausübten, daß sie damit dem Fortbestehen ihrer Kirche dienten. Die Priester, die eine Kooperation mit den Staatssicherheitsdiensten eingingen, hielten das kommunistische System für so stark und unerschütterlich, daß sie gar nicht mit der Möglichkeit eines Sturzes rechneten. Die Niederschlagung der Revolution von 1956, die darauf folgende Vergeltung und dann die Kádár'sche Konsolidierung bestätigten sie in dieser Überzeugung, die sie in die Irre und in Sackgassen führte.³³

Die ständigen Schikanen erschütterten die Gesundheit von Bischof Miklós Dudás. Auch die Nachricht vom Ausbruch der Revolution von 1956 erreichte ihn während einer Krankenhausbehandlung. Er reiste von Budapest nach Nyíregyháza, und nutzte die durch die vorübergehende Freiheit entstandene Gelegenheit dafür, die schwer kompromittierten Friedenspriester aus den wichtigsten Ämtern zu entfernen. Im Frühling des Folgejahres wurde eine ernsthafte medizinische Behandlung für ihn unaufschiebbar, die mit Unterstützung durch die Ostkirchenkongregation im April 1957 und März 1958 im schweizerischen Arosa erfolgte.³⁴ Hinter der dazu erteilten staatlichen Genehmigung steckte wahrscheinlich der Informations hunger der Staatssicherheitsdienste. Wenn sie zuließen, daß Bischof Dudás ausländische Beziehungen ausbauen konnte, bestünde damit eine höhere Wahrscheinlichkeit, daß sie durch die in seinem Umfeld eingesetzten Agenten für den gesamten Ostblock wertvolle Informationen über den Heiligen Stuhl sammeln konnten.

Im April 1959 sah sich der Bischof mit einer Krisensituation konfrontiert. Miklós Beresztóczy, der Obmann des Friedenskomitees katholischer Priester, wollte eine Vorlesung für die Seminaristen des Priesterseminars halten. Da Beresztóczy mit seinen Kollegen vom Heiligen Stuhl exkommuniziert wurde, verweigerte ihm Bischof Dudás die Abhaltung der Vorlesung. Er war sich im klaren darüber, daß sein Handeln schwerste Konsequenzen mit sich ziehen kann. Wegen eines ähnlichen Widerstandes waren einen Monat zuvor Vorsteher und Seminaristen aus dem Zentralen Priesterseminar entfernt worden. Für alle Eventualitäten gerüstet, rief der Bischof am 17. April den Klerus von Nyíregyháza und die Seminaristen in die Seminarkapelle zusammen und las ihnen dort seine Stellungnahme vor. Er erklärte darin, daß er dem Aufruf nicht Folge leisten könne, durch

³³ Eine Auswahl von Berichten der Agenten in: *Frigyes Kahler* (Hrsg.), III/III-as történelmi olvasókönyv [Lesebuch zur Geschichte der Abteilung III/III der Staatssicherheit], Bd. 3, Budapest 2005.

³⁴ *György Janka*, A 100 éves Hajdúdorogi Egyházmegye története [100 Jahre Geschichte der Diözese Hajdúdorog], Nyíregyháza 2013, 32.

einen öffentlichen Akt (nämlich die Genehmigung der Vorlesung des suspendierten Beresztóczy) eine Maßnahme des Heiligen Stuhls zu mißachten. Wenn der Preis dafür die Erhaltung des Priesterseminars wäre, dann würde er es selber auflösen. Er bat die Seminaristen darum, in diesem Fall gute Laien zu sein. Er rechnete mit so schweren Konsequenzen, daß er in diesen Tagen sogar sein Testament abfaßte. Letztlich kam Beresztóczy aber nicht, und auch die Retorsion fiel milder aus. Der Bischof durfte eine Zeitlang das Gebiet von Nyíregyháza nicht verlassen, seinem jüngeren Bruder wurde die Tätigkeitserlaubnis, und zehn Priestern aus der Umgebung des Bischofs die Kongrua entzogen.³⁵

Bischof Dudás feierte im Mai desselben Jahres den 20. Jahrestag seiner Bischofsweihe. In Anbetracht dieser Lage wünschte er nur einen stillen Dankgottesdienst. In seiner Festrede blickte er auf die Geschichte zurück, würdigte die damalige Situation und betonte mit Ausblick auf die Zukunft Folgendes: *„Heute, zwanzig Jahre später, auf den Ruinen eines großen Wollens und heiliger Pläne sage ich immer wieder mit Hiob: Der Herr hat gegeben, der Herr hat genommen, gelobt sei der Name des Herrn. Vielleicht ist deshalb doch noch etwas in meiner verwüsteten Seele übriggeblieben. Zunächst mein Glaube, zumindest an Gott – aber nein! Ich glaube auch an meine Diözese. Inmitten vieler Kompromisse und Schwankungen sehe ich auch Zeichen, die davon zeugen, daß es Personen gibt und durch die göttliche Gnade es auch geben wird, für die der katholische Glaube und die Heilige Mutter Kirche wertvoller sind, als alles andere. In Hinblick auf seinen eigenen Weg und seine Hoffnungen erklärte er: „Dereinst standen auch Massen um mich herum. Oft umringten mich Zigtausende, als ich das Reich Gottes in Máriapócs, Budapest, Hajdúdorog und an vielen anderen Orten verkündete. Und jetzt, da ich den Abhang meines Kreuzweges antrete, scheint es, als wäre ich allein geblieben. Manchmal fühle ich, wie das Gefühl der Verlassenheit über mich kommt, als würde ich alleine zum Berggipfel, zum Schlußpunkt, hinaufklettern. Doch das ist nicht der Fall. Ich weiß, dieser Schein trügt. Ich bin mir sicher, daß unsere Priester und Gläubigen des guten Willens während dieses ununterbrochenen Kreuzweges der griechisch-katholischen Ungarn am Abhang nicht wankend werden. Denn wir wissen bereits, daß die Erlösung, die Seligkeit nur oben am Berggipfel auf uns wartet. Denn dort steht das Kreuz, und nur in diesem ist unser Heil. In cruce salus.“*³⁶

Das dritte Jahrzehnt seines bischöflichen Amtes brachte dem Oberhirten mit der *„verwüsteten Seele“*, den die Prüfungen der 1950-er Jahre völlig ermüdet hatten, etwas Entspannung und zwei wichtige Ergebnisse. Die Ostpolitik des Heiligen Stuhls führte 1964 zur Unterzeichnung eines Teilabkommens mit dem ungarischen Staat. Dies veränderte zwar die Lage der katholischen Kirche grundsätzlich nicht und lockerte auch nicht ihre

³⁵ *Véghseő, Útjaink/Our paths* (wie Anm. *), 81–83.

³⁶ Hirtenbrief von Miklós Dudás 3/1964, 1–3.

Kontrolle, brachte aber gewisse Zugeständnisse mit sich. Unter den Konzessionen seitens des Staates war für die griechisch-katholische Kirche am wichtigsten, daß Bischof Dudás die Genehmigung erhielt, an der letzten Sitzung des Zweiten Vatikanischen Konzils teilzunehmen. Als Vertretung der ungarischen katholischen Kirche hatte bereits an der ersten Sitzung (1962) eine Delegation teilgenommen, zu deren Mitgliedern auch Imre Timkó (1920–1988), ein Professor an der Theologischen Akademie in Budapest, zählte. Dieser exzellente Gelehrte für östliche Studien suchte vor der Abreise seinen Bischof auf, um seinen Segen bzw. Instruktionen für die Reise zu bitten. Bischof Dudás, der zu dieser Zeit noch keine Reiseerlaubnis erhielt, gewährte ihm keine Vollmacht zur Vertretung der ungarischen griechisch-katholischen Kirche und teilte ihm Folgendes mit: es sei in sein Ermessen gestellt, mit wem er als Privatperson verhandeln und was er sagen würde. Professor Timkó hatte schon zuvor Erfahrung mit dem mangelnden Vertrauen seitens des Bischofs gemacht. Es ist vorstellbar, daß Bischof Dudás Kenntnis oder zumindest eine Ahnung davon hatte, daß der gelehrte Professor seit 1955 für die Staatssicherheit als Agent tätig war. Da es der Ostkirchenkongregation seit längerem nicht möglich war, Informationen über die ungarische griechisch-katholische Kirche einzuholen, bat sie Timkó erst um einen mündlichen, dann um einen schriftlichen Bericht. Der Professor machte in seinem detaillierten Bericht die Kongregation auf das drängendste Problem der ungarischen griechisch-katholischen Kirche aufmerksam, auf die unregelmäßige Situation der Diaspora. Da er in Budapest selbst seelsorglich tätig war, konnte er mit Bezugnahme auf seine eigenen Erfahrungen und durch die Auflistung konkreter Beispiele über die praktischen Schwierigkeiten berichten, vor allem über die nahezu feindselige Haltung des Bischofs von Vác, sowie über Äußerungen der Abneigung seitens des Klerus des lateinischen Ritus. Obwohl die Lage in den Diasporagebieten erst Jahre später gelöst werden konnte, trug der Bericht von Imre Timkó dazu bei, die Kongregation auf das Problem aufmerksam zu machen.³⁷

Bischof Dudás durfte zur letzten Sitzung des Konzils anreisen, die zwischen dem 14. September und dem 8. Dezember 1965 stattfand. Nach seiner Ankunft suchte er darum an, die Heilige Liturgie in Anwesenheit der Konzilsväter im Petersdom zelebrieren zu dürfen. Sein Gesuch war keineswegs außergewöhnlich, denn jeder Sitzungstag begann mit einer von einem Konzilsvater gefeierten Messe. Das Konzilssekretariat bestimmte den 19. November, den Tag der hl. Elisabeth von Ungarn, für die Feier dieser Liturgie.

In dieser Konzilsphase gab es vor den Schlußabstimmungen große Auseinandersetzungen über einzelne Fragen. Unter ihnen sticht die Dis-

³⁷ Végheő, *Útjaink/Our paths* (wie Anm. *), 85.

kussion über die den Atheismus betreffenden Punkte der Konstitution *Gaudium et spes* besonders hervor. Mehrere Konzilsväter hatten schon vorher darauf gedrängt, daß sich das Konzil entschieden gegen den militanten Atheismus und den Kommunismus stellen sollte. Diese Erwartung stand jedoch nicht ganz im Einklang mit der 1964 von Papst Paul VI. veröffentlichten Enzyklika *Ecclesiam suam*, die zu einem Dialog mit dem atheistischen Kommunismus aufrief. Zur Förderung dieses Dialogs errichtete der Papst 1965 das Sekretariat für die Nichtchristen. Als im September 1965 die vierte Sitzung eröffnet wurde und die Konzilsväter den neuesten Entwurf von *Gaudium et spes* erhielten, nahmen mehrere von ihnen enttäuscht zur Kenntnis, daß der Kommunismus in diesem nicht einmal erwähnt wurde. Dies veranlaßte 25 Bischöfe dazu, in einem Schreiben um die ausdrückliche Verurteilung des Kommunismus zu bitten. Später wurde auch ein inhaltsgleicher Änderungsvorschlag eingebracht, der bereits von 450 Konzilsvätern unterzeichnet worden war. Der neue Entwurf der Konstitution wurde am Samstag, dem 13. November ausgeteilt. Die Unterzeichner waren erstaunt darüber, daß ihr Vorschlag in den Wortlaut nicht einbezogen war und der offizielle Bericht des für den Entwurf zuständigen Ausschusses über den Änderungsvorschlag selbst schwieg. Da der 15. November bereits für die Abstimmung festgelegt worden war, baten die Initiatoren das Konzil um die Unterzeichnung eines Vorbehalts, in dem sie darum baten, daß das Konzil die in dieser Frage seit langem bestehende Lehre der Kirche bekräftigen sollte. Gleichzeitig wurde eine Untersuchung eingeleitet, um das Schicksal des von 450 Konzilsvätern unterzeichneten Änderungsvorschlags zu untersuchen. Am 15. November behauptete ein Sachverständiger des gemischten Ausschusses, der Jesuit Roberto Tucci, gegenüber Journalisten, daß der Änderungsvorschlag den Ausschußmitgliedern nicht zugegangen sei. Er formulierte rätselhaft: vielleicht bekam der Vorschlag unterwegs Rot (!). Der Angelegenheit wurde in der Presse große Aufmerksamkeit zuteil: die Zeitungen vom 17. bis 18. November befaßten sich in großem Umfang mit dem merkwürdigen Schicksal des Änderungsvorschlags über die Verurteilung des Kommunismus.

Am nächsten Tag, dem 19. November, zelebrierte Bischof Dudás die Heilige Liturgie. Die Koinzidenz war zufällig, denn dieser Zeitpunkt war bereits im September festgelegt worden, wie der Bischof auch selbst in den Briefen an seinen jüngeren Bruder berichtete. Es regt jedoch zu Nachdenken an, daß ein Bischof, der selber unter einem militanten kommunistischen Regime litt, gerade dann – gleichsam als ein lebendiges Zeugnis – vor die Konzilsväter trat, als die Verurteilung des Kommunismus in dem Dokument ausgelassen wurde. Bischof Dudás feierte die Heilige Liturgie gänzlich in ungarischer Sprache. Dies war für die Konzilsteilnehmer von keiner großen Bedeutung, für die ungarischen griechisch-katholischen

Christen symbolisierte es aber den Abschluß eines jahrhundertelangen Kampfes. Die zahlreichen Enttäuschungen, die sie beim Kampf für eine ungarische Liturgie erlitten hatten, und die Verbitterung über die wiederholten Verbote durch den Heiligen Stuhl wurden durch die im Petersdom zelebrierte Liturgie endgültig Teil der Vergangenheit.³⁸ Der Bischof drückt nach seiner Heimkehr seine Freude wie folgt aus: „Jetzt ist in Erfüllung gegangen, wonach sich unsere Vorfahren seit Jahrhunderten gesehnt haben, jetzt ist die schönste Frucht ihrer und unserer Hoffnungen reif geworden.“

1968 konnte auch ein anderer alter Wunsch in Erfüllung gehen: es kam zur Regelung der kirchenrechtlichen Lage der griechisch-katholischen Diaspora. Das Dekret des Zweiten Vatikanischen Konzils über die katholischen Ostkirchen *Orientalium Ecclesiarum* rief dazu auf, daß jeder seinen eigenen Ritus bewahren, schätzen und behalten sollte. Die in der Diaspora lebenden griechisch-katholischen Christen trafen dabei auf jurisdiktionelle Hindernisse. Zur Beseitigung dieser beantragte Bischof Miklós Dudás anlässlich seiner Romreise 1968 die Ausdehnung seiner Jurisdiktion auf alle in Ungarn lebenden griechisch-katholischen Gläubigen. Papst Paul VI. ordnete dies zunächst – auf experimenteller Basis – für drei Jahre an; danach wurde dies für drei weitere Jahre verlängert. Nach der Ausdehnung der Jurisdiktion ernannte der Bischof den Domherren Imre Timkó zum Vikar der griechisch-katholischen Diaspora. Der katholische Episkopat Ungarns erließ eigens ein Rundschreiben, das praktische Leitlinien für den Klerus des lateinischen wie auch des byzantinischen Ritus enthielt.³⁹

Die Errichtung des Vikariats für die Diaspora war das letzte bedeutende Ereignis des bischöflichen Dienstes von Bischof Miklós Dudás. Er hatte mit immer schwereren Krankheiten zu kämpfen und bot Papst Paul VI. seinen Rücktritt an, der aber nicht angenommen wurde. Er stellte ihm aber die Ernennung eines Weihbischofs in Aussicht und ernannte als Zeichen seiner Wertschätzung den schwerkranken Bischof zum Mitglied der Ostkirchenkongregation und später zum Mitglied der Päpstlichen Kommission für die Revision des östlichen kanonischen Rechts. Bischof Dudás verabschiedete sich in seinem letzten Rundschreiben vom 21. Juni 1972

³⁸ Tamás Véghseő, Magyar nyelvű bizánci szertartású Szent Liturgia a Szent Péter bazilikában 1965. november 19-én. A történelmi háttér [Byzantinische Göttliche Liturgie in ungarischer Sprache im Petersdom am 19 November 1965. Der geschichtliche Hintergrund], in: István Ivancsó (Hrsg.), Liturgikus örökségünk V. A vatikáni magyar nyelvű Szent Liturgia 40. évfordulója alkalmából 2005. november 17-én rendezett szimpozium anyaga [Unser liturgisches Erbe V. Materialien des Symposiums vom 17. Nov. 2005 aus Anlaß des 40. Jahrestages der ungarischsprachigen Hl. Liturgie im Vatikan], Nyíregyháza 2005, 13–19.

³⁹ Tamás Véghseő, Budapesti Görög Katolikus Paróchiák [Griechisch-katholische Pfarreien in Budapest], in: Margit Beke (Hrsg.), A Katolikus Budapest. Általános történeti szempontok, plébániák [Das katholische Budapest. Allgemeine geschichtliche Gesichtspunkte, Pfarreien], Budapest 2013, 1167–1181.

mit Worten aus der Heiligen Liturgie von seinen Priestern und Gläubigen: "Die Gnade unseres Herrn Jesus Christus, die Liebe Gottes des Vaters und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit euch".⁴⁰ Am 15. Juli nahm ihm sein dritter Herzinfarkt das Leben. Der Nekrolog über seinen bischöflichen Dienst enthält zahlenmäßig belegbare Ergebnisse seiner Tätigkeit. In 33 Jahren weihte er 166 Priester. Demnach erhielt der Großteil des aktiven Klerus bereits von ihm die Priesterweihe. Viele von ihnen betrachteten – und betrachteten – ihn als Vorbild im priesterlichen Dienst. Er gründete 31 neue Pfarreien, ließ 44 Kirchen, Kapellen und Liturgieorte erbauen bzw. in bereits bestehenden Gebäuden errichten. Die Größe des Opfers, das er für seine Kirche gebracht hatte, kann mit Zahlen nicht ausgedrückt werden.

Der Begräbnisgottesdienst von Bischof Dudás wurde am 21. Juli in der Kirche von Nyíregyháza vom Domherrn Imre Timkó geleitet, der sowohl vom Bistumskapitel als auch vom Konsultorenkollegium des Exarchats zum Generalvikar gewählt worden war. Am Begräbnis nahm beinahe der gesamte Episkopat teil. Bischof Dudás wurde in der Krypta der Gnadenkirche von Máriapócs beigesetzt.

Nach zweieinhalbjährigen Verhandlungen erfolgte die Ernennung des Nachfolgers von Bischof Miklós Dudás. Die Verzögerung in diesem Prozeß überraschte niemanden, war es doch das erste Mal in der kommunistischen Ära, daß die Besetzung eines griechisch-katholischen Bischofsstuhles erfolgte. Das kommunistische Regime, das das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche verkündete und dies sogar in der Verfassung festhielt, tat in der Praxis genau das Gegenteil, und beharrte auf früher als oberstes Patronatsrecht bezeichneten Befugnissen. Es war offensichtlich, daß die Regierung die Ernennung eines Priesters billigen würde, der gegenüber der Regierung und der Gesellschaftsordnung der Volksrepublik eine entsprechende Loyalität zeigte.

Nach langen Verhandlungen ernannte Papst Paul VI. am 10. Januar 1975 Kapitularvikar Imre Timkó zum Bischof der Diözese von Hajdúdorog und zum Administrator des Apostolischen Exarchats Miskolc, und Domherr Szilárd Keresztes zum Weihbischof der Diözese und zum Titularbischof von Cunavia.⁴¹ Zeitgenossen interpretierten diese Doppelerennung als Ergebnis eines Kompromisses zwischen dem Heiligen Stuhl und dem ungarischen Staat, und betrachteten den Bischof als den Kandidaten des Staates und den Weihbischof als den Kandidaten des Heiligen Stuhles. Zweifellos war Weihbischof Szilárd Keresztes dem Heiligen Stuhl besser bekannt, denn als Alumne des Päpstlichen Ungarischen Instituts

⁴⁰ Hirtenbrief von Miklós Dudás, 4/1972, 1.

⁴¹ Rundbrief des Kapitels der Diözese Hajdúdorog vom 20. Januar 1975.

und als Student des Päpstlichen Orientalischen Instituts studierte er zwischen 1966 und 1969 in Rom Theologie. In dieser Zeit pflegte er Kontakte zur Ostkirchenkongregation, was in einem zeitgenössischen Agentenbericht auch mißbilligend erwähnt wird. Es kursierten sogar Gerüchte, daß er der Kongregation von Bischof Miklós Dudás bei seinem Besuch in Rom im Jahre 1968 als sein möglicher Weihbischof und Nachfolger vorgestellt worden sei. Gleichzeitig ist es inzwischen allgemein bekannt, daß seine Studien in Rom und seine spätere Karriere einen hohen Preis hatten. Er gab den Anwerbungsversuchen des Staatssicherheitsdienstes „*schwankend, nach langer Überzeugungsarbeit*“ nach, und übernahm und erfüllte ab 1966 Agentenaufträge.⁴² Eine für Ungarn der siebziger Jahre kennzeichnende, in der griechisch-katholischen Kirche verbreitete Vorstellung, die inzwischen ganz naiv scheint, war: der Bischof ist „ein Mann“ des Staates, der Weihbischof der des Heiligen Stuhles. Die Wahrheit war aber, daß die Staatsgewalt weiterhin alles unter totaler Kontrolle hielt und all jene mit eiserner Faust festhielt, die von ihr zu Führungspositionen ausersehen wurden und die der Heilige Stuhl zur Auswahl angeboten bekam. Das Verhalten und die Gesinnung der Kandidaten waren von der Gestaltung der Ostpolitik des Heiligen Stuhls wesentlich beeinflusst. Die Unterzeichnung des Teilabkommens von 1964, der Eintritt der Sedisvakanz in Esztergom, die Ausschaltung von Kardinal Mindszenty, die Ernennung von László Lékai zum Erzbischof (1974), und schließlich die Akzeptanz der Politik „der kleinen Schritte“ durch den Vatikan bedeuteten, daß auch Rom keinen kämpferischen Widerstand gegen den Kommunismus erwartete.

Die Weihe der neuen Bischöfe erfolgte 1975 in Nyíregyháza. Im Laufe der Heiligen Liturgie am Vormittag des 8. Februar wurde Imre Timkó von Weihbischof Joachim Szegedi von Križevci (Kőrös) zum Bischof geweiht, Mitkonsekratoren waren die Erzbischöfe József Ijjas von Kalocsa und József Bánk von Eger. Die Weihe von Szilárd Keresztes wurde am Nachmittag bereits vom neuen Bischof gespendet, Mitkonsekratoren waren Joachim Szegedi und József Cserhádi, Bischof von Pécs (Fünfkirchen). Der neue Oberhirte kündigte in seiner Thronrede das Programm einer liturgischen Erneuerung an, nach welchem die östlichen Traditionen, die ungarischen Besonderheiten und die Anforderungen der Gegenwart in Einklang gebracht werden müßten. Unter seinen wichtigsten Plänen hob Bischof Imre Timkó die Erhöhung der Qualität der Priesterausbildung und die Verbesserung der dazu notwendigen Infrastruktur hervor.

⁴² Csaba Szabó, „Nyíri“ és „Keleti“ – Keresztes. Adalékok a görög katolikusok 20. századi történetéhez [„Nyíri“ und „Keleti“ – Keresztes. Beiträge zur Geschichte der griechisch-katholischen Christen im 20. Jahrhundert], in: Egyháztörténeti Szemle [Kirchengeschichtliche Revue] VIII/1 (2007), online: <http://www.uni-miskolc.hu/~egyhtort/cikkek/szabocsaba-nyiri.htm> [12.09.2018].

Ein wichtiger Bestandteil seines Programms war die Verbesserung der infrastrukturellen Bedingungen für die Priesterausbildung. Die Errichtung eines neuen Priesterseminars paßte nicht mehr in den Rahmen der vom Staat gewährten Zugeständnisse; nur die Rekonstruktion der Bischofsresidenz und die Ausnutzung freier Flächen im Hof kamen in Frage. Die finanzielle Basis für die Arbeiten konnte dadurch gesichert werden, daß das unter Bischof Dudás errichtete und später verstaatlichte Gebäude an der Sóstói Straße – unter ihrem eigentlichen Preis – verkauft werden konnte. Die Verhandlungen zwischen dem Bischof und dem Stadtrat konnten „durch Gottes Gnade und die Gutmütigkeit unserer Regierung“⁴³ – wie der Bischof in seinem Bericht über das Ereignis formulierte – bereits im Dezember 1975 abgeschlossen werden. Die vom Staat zur Durchsetzung dieser Ziele bereitgestellten Finanzmittel erwiesen sich als nicht ausreichend. Deshalb erhielt der Bischof die Erlaubnis, in die Vereinigten Staaten zu reisen und um Unterstützung der dortigen griechisch-katholischen Christen zu bitten. Das Ziel der im Herbst 1977 eingeleiteten ersten Phase der Bauarbeiten war die Errichtung eines Gebäudekomplexes mit acht Wohnungen im Hof des Bischofshauses für die Seminarvorteher und die im Zentrum der Diözese dienenden Priester. Die Übergabe erfolgte Mitte 1978. Danach kam es zum Umbau des vom Priesterseminar und der Theologischen Hochschule benutzten Gebäudeteils, der schließlich 1980 gesegnet werden konnte. Im August des darauffolgenden Jahres kam es zur Weihe der im byzantinischen Stil erbauten und damals als einzigartig geltenden Seminarkapelle. Es ist bezeichnend, daß letztere als ein „liturgischer Übungsplatz“ die Baugenehmigung erhielt. Die auf engstem Raum zusammengepferchten neuen Gebäude symbolisierten gut die Situation unserer Kirche unter dem Kádár-Regime: man kann sich ein wenig entwickeln und vorwärts schreiten, aber nur zwischen hohen Mauern, abgeschnitten von der Gesellschaft und den Stadtbewohnern.

Neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Priesterausbildung bemühte sich Bischof Timkó besonders auch um die Hebung des Unterrichtsniveaus. Dabei stützte er sich in erster Linie auf zwei wichtige Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils, nämlich das erwähnte Dekret über die katholischen Ostkirchen und das Dekret über die Ausbildung der Priester *Optatam totius*. Auch in der Priesterausbildung zeigten sich Anzeichen für eine Rückkehr zu östlichen Traditionen (z.B. Soutane nach orientalischem Schnitt, das Akathistos-Gebet). Auch wurden im Zeichen der Modernisierung des Lehrstoffes die seit 1972 – unter Schriftleitung von Weihbischof Keresztes – zentral erschienenen theologischen Lehrunterlagen eingeführt. Die 1982 erfolgte Senkung der Wehrdienst-dauer auf anderthalb Jahre brachte etwas Erleichterung. Der Staat ver-

⁴³ Hirtenbrief von Bischof Timko 1/1976, 2.

pflichtete seit 1965 nämlich auch die Seminaristen zum damals üblichen zweijährigen Wehrdienst, als dessen Schauplatz die berüchtigten, sogenannten „erststufigen“ Kasernen in Lenti, Nagyatád, Marcali bestimmt waren. Die Militärzeit diente über die Wehrausbildung hinaus auch der ideologischen Umformung bzw. der Erfassung potentieller kirchlicher Agenten. Den in den Kasernen Dienst tuenden Politoffiziere gelang es, mehrere Seminaristen von ihrer priesterlichen Berufung abzubringen, und zwei von ihnen – György Legeza und János Járasi jun. – erlitten während ihres Wehrdienstes infolge von Gewalttaten dauerhafte Gesundheitsschäden, die eine Absolvierung ihrer Studien verhinderten. Die 1982 angeordnete Senkung der Wehrdienstdauer ermöglichte die Einführung eines halbjährigen Vorbildungskurses für Seminaristen.⁴⁴

Der hochgebildete Bischof trug Sorge dafür, daß in den Kirchengemeinden befindliche, oft gefährdete Kunstgegenstände und Bücher erfaßt und eingesammelt wurden. Er errichtete 1983 die griechisch-katholische Kirchenkunstsammlung und unterstützte die auf die Erforschung alter kirchlicher Bücher ausgerichteten Bemühungen der Fachleute der Lajos-Kossuth-Universität. Er sorgte dafür, daß die Diözesanbibliothek und das Diözesanarchiv in zeitgemäßer Weise untergebracht werden konnten.

Im Bereich der Seelsorge versuchte er – in einem eng begrenzten Handlungsspielraum – die Bedingungen der Betreuung der Gläubigen zu verbessern. Er errichtete auf dem Gebiet des Vikariats für die Diaspora vier neue Pfarreien (Csepel, Rákoskeresztúr, Újpest und Pécs). Bedingt durch interne Migration lebte bereits eine wachsende Zahl von Gläubigen in der Diaspora. Die endgültige Ausdehnung der Jurisdiktion des Bischofs von Hajdúdorog auf das ganze Land (1980) und die Errichtung des Bistumsvikariats Budapest und des Dekanatsbezirkes Budapest gaben der seelsorglichen Betreuung der in der Diaspora lebenden Gläubigen einen neuen Aufschwung.

Der Bischof war ein Befürworter des ökumenischen Dialogs. Er brachte dies auch in seinem Wahlspruch (Katholiké – Oikumené) bei seiner Ernennung zum Ausdruck. Das schöne Ergebnis der Arbeit der Ökumenischen Bewegung in Ungarn, die erste offizielle Tagung zwischen der Katholischen Kirche und dem Ökumenischen Rat der Kirchen in Ungarn im Ráday-Kollegium 1987, war auch eine Frucht seines Wirkens.

Bischof Imre Timkó starb am Karmittwoch, dem 30. März 1988. Sein Tod kam für den Klerus und die Gläubigen der Diözese überraschend. Seine Beerdigung fand im Beisein von zahlreichen Mitgliedern des Episkopats in der Osterwoche am 8. April in Máriapócs statt.⁴⁵

⁴⁴ Janka, A 100 éves Hajdúdorogi Egyházmegye története (wie Anm. 34), 55.

⁴⁵ Siehe Nekrolog im Rundbrief von Diözesanadministrator Szilárd Keresztes 2/1988, 1–4.

Sein Weihbischof, Szilárd Keresztes, übernahm die Verwaltung der Diözese. Die Sedisvakanz und die Auswahl des Nachfolgers erforderten diesmal keine Jahre. Praktisch jeder hielt Keresztes für den einzig möglichen Kandidaten; seine Bischofsernennung erfolgte schließlich am 6. Juli 1988. Am 30. Juli 1988 wurde er in sein neues bischöfliches Amt eingeführt.⁴⁶

Den Grundgedanken seiner Rede zur Amtseinführung schöpfte Bischof Szilárd Keresztes aus dem Tagesevangelium: „*Wenn ihr nicht umkehrt und wie die Kinder werdet, könnt ihr nicht in das Himmelreich kommen*“ (Mt 18,3). Die Entwicklungen im Lande versprachen und bedurften Änderungen. Zu dieser Zeit zog sich János Kádár bereits von der Macht zurück, und ein Jahr später endete sein Leben, während er um einen Priester und eine Möglichkeit zur Beichte flehte... Einige Tage nach der Amtseinführung von Szilárd Keresztes wurde verkündet, daß Papst Johannes Paul II. vom ungarischen Staat zu einem offiziellen Besuch eingeladen wurde. In den darauffolgenden Monaten stürzte aber das Regime, das bis dahin bei vielen mit dem Anschein der Unerschütterlichkeit größte Ängste hervorgerufen hat, mit atemberaubender Geschwindigkeit wie ein Kartenhaus zusammen. In Ungarn begann ein demokratischer Übergangsprozeß, der zwar viele Stolpersteine und Enttäuschungen mit sich brachte, aber dennoch sowohl für die Gesellschaft als auch für die Kirche eine neue Ära eröffnete.

Aus der Sicht der Kirche war die Auflösung des Staatlichen Kirchenamtes ohne Rechtsnachfolger (am 30. Juni 1989) eines der wichtigsten Momente des demokratischen Übergangs. Das Gesetz 4/1990 über die Gewissens- und Religionsfreiheit, und die Rechtsstellung der Kirchen vom Januar des darauffolgenden Jahres vollendete die Befreiung der Kirchen und gewährte ihnen freie Tätigkeit.

Der Beginn des Episkopats von Szilárd Keresztes fiel zeitlich beinahe mit der Wiederherstellung der Freiheit der Kirche zusammen. Es ergaben sich auch für die griechisch-katholische Kirche neue Möglichkeiten, die jahrzehntelang als unvorstellbare und verbotene Pfade galten. Die Kirchen hatten zuvor keinen Zugang zu den Bereichen Bildung, Soziales, Jugendziehung und Kultur sowie zur Medienwelt, dem Gesundheitswesen, Strafvollzug und den Streitkräften. Mit der Wende verschwanden jedoch die Schranken und Sperren, sodaß all diese Bereiche zu Orten der Seelsorge wurden. Eine bedeutende Änderung war auch, daß all die starken Vorurteile, die in den Jahrzehnten vor dem Zweiten Weltkrieg zu Akten der Diskriminierung griechisch-katholischer Christen geführt hatten, aus der ungarischen Gesellschaft völlig verschwanden. Heute können wir sogar wegen der Schönheit und Eigenart des östlichen Ritus, der viele ih-

⁴⁶ Hirtenbrief von Szilárd Keresztes 3/1988, 1.

ren Weg suchende Landsleute mitreißt, von einer allgemeinen Sympathie in der Gesellschaft gegenüber den griechisch-katholischen Christen sprechen.

In den Jahren zwischen 1990 und 2015 war die Entwicklung des Schicksals der griechisch-katholischen Kirche – wie schon in den vorigen Jahrzehnten – eng mit jenem der Katholiken des lateinischen Ritus verbunden. Die griechisch-katholische Kirche hat ein institutionelles System in neuen Bereichen der Seelsorge, in der Schul- und Hochschulbildung, der sozialen Sphäre und im Bereich der Gesundheit und des Kinderschutzes etabliert. Diese Veränderungen haben sich insbesondere ab 2010 beschleunigt und den Wirkungskreis der griechisch-katholischen religiösen Aktivitäten erheblich erweitert und zugleich die damit verbundene Verantwortung erhöht.

Am 19. März 2015 traf Papst Franziskus eine – aus Sicht der griechisch-katholischen Christen Ungarns – historisch bedeutsame Entscheidung, die in fünf apostolischen Konstitutionen konkrete rechtliche Gestalt erhielt. Mit der Konstitution *In hac suprema* schuf der Papst mit der Errichtung der Ungarischen Griechisch-Katholischen Metropolitanen Kirche *sui iuris* (bzw. der griechisch-katholischen Metropolie) einen neuen rechtlichen Rahmen. Mit der Konstitution *De spiritali itinere* erhob er das 1912 errichtete Bistum Hajdúdorog zu einem Erzbistum und mit der Konstitution *Qui successimus* das 1924 errichtete Apostolische Exarchat von Miskolc zu einem Bistum; mit der Konstitution *Ad aptius consulendum* wurde das Bistum Nyíregyháza errichtet. Am selben Tag ernannte Papst Franziskus den Bischof von Hajdúdorog zum Erzbischof bzw. Metropolitanen.

Diese Reihe von Maßnahmen hat für die ungarischen griechisch-katholischen Gläubigen einen Rahmen kirchlicher Strukturen geschaffen, der nicht nur aus der stetigen Entwicklung des vergangenen Vierteljahrhunderts resultiert, sondern auch den weiteren Fortschritt in den verschiedenen Bereichen der Seelsorge ermöglicht.

Es ist heute eine wichtige Aufgabe und für die zukünftige Entwicklung eine unabdingbare Voraussetzung, die Bedeutung dieser historisch wichtigen Veränderungen in der kirchlichen Organisation recht zu verstehen und das in ihnen enthaltene Potential zu entdecken.